

Souveränität und Territorialität:
Das “baskische Problem” zwischen Pragmatismus,
Ethnonationalismus und Separatismus

Zu den Hauptproblemen Spaniens zählt seit Jahren die Situation im Baskenland. *Euskadi* – so die baskische Bezeichnung für die Region – hat sich kulturell, politisch und wirtschaftlich zu einer Konfliktregion mit im spanischen Kontext einzigartig militanten Ausdrucksformen entwickelt. Dabei beruht der ethnische Nationalismus des Baskenlandes – der sich auf eine eigenständige geschichtliche Tradition, auf die eigene Sprache und ehemalige institutionelle Privilegien (*fueros*) beruft – auf der traditionellen Konfliktachse Zentrum–Peripherie, die seit Erlass des Autonomiestatuts (1979) zunehmend zu einer innerbaskischen Problemlage geworden ist. Die Spannung zwischen dem (kastilischen) Zentrum und der baskischen (sowie katalanischen) Peripherie resultierte historisch vor allem daraus, dass die wirtschaftlich entwickelteren Randregionen politisch der Hauptstadt und dem Regierungssitz Madrid untergeordnet waren. Die zentralistischen Regierungen haben in der Geschichte Spaniens kaum einmal Verständnis für die wirtschaftlich, soziopolitisch, kulturell und ethnisch ganz anders gearteten Regionen am Atlantik oder Mittelmeer aufgebracht. Am Beispiel des Baskenlandes lässt sich der zunehmende Entfremdungsprozess zwischen Madrid und den peripheren Regionen des Landes sowie die wachsende Bedeutung des Nationalismus in der Auseinandersetzung mit der Zentrale aufzeigen.

1. Zur Vorgeschichte: drohender Identitätsverlust durch Industrialisierung

Die Vorgeschichte des heutigen baskischen Nationalismus lässt sich auf das 19. Jahrhundert zurückführen, als nach den Karlistenkriegen (1833–1839; 1873–1876) die liberalen Regierungen die traditionellen baskischen Sonderrechte zum Teil einschränkten, zum Teil ganz abschafften. Zu diesen *fueros* hatten persönliche Freiheitsrechte, die Ableistung des Militärdienstes im Baskenland selbst, Steuer- und Zollfreiheit gegenüber der kastilischen Krone und ein relativ hoher Grad an Autonomie gehört. Bis Ende des 19. Jahrhunderts war die nationale Souveränität Spaniens über das Baskenland ausgedehnt, die Zollgrenze nach Norden war bereits 1841 an die Landesgrenze verschoben worden.¹

1 Bernecker 1990: 208-218. Vgl. auch Kap. I von de la Granja Sainz 1996.

Zu den ersten Trägern eines baskischen Regionalbewusstseins gehörten zum einen die Karlisten, die aus den (ursprünglich dynastischen) Kämpfen um den spanischen Thron nach 1833 hervorgingen und sich sehr bald zu Verteidigern kirchlicher Privilegien und mittelalterlicher Sonderrechte der verschiedenen Regionen und Völker Spaniens unter einer absolutistischen, aber dezentralisierten Monarchie machten, zum anderen und vor allem die *fueristas*, die für eine Beibehaltung der überlieferten Sonderrechte (*fueros*) des Baskenlandes eintraten. Der aufkommende baskische Nationalismus ist sodann primär in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region und den entsprechenden Wandlungen der Klassenstruktur zu sehen: Vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelten sich auf der einen Seite eine Finanz- und Industriebourgeoisie, die eng mit dem politischen Zentrum in Madrid zusammenarbeitete, auf der anderen Seite ein Industrie-proletariat, das von Anfang an infolge interner Wanderungsbewegungen arbeitssuchender Kräfte stark nicht-baskisch geprägt und sozialistisch beeinflusst war.²

Im Baskenland hatte die Industrialisierung in den 1840er Jahren mit der Ausbeutung von Eisenerz in der Provinz Vizcaya begonnen. Wenig später entstanden auch in Guipúzcoa erste Industriebetriebe, vor allem in den Bereichen Textil, Papier und Leichtmetallverarbeitung. Als in den 1880er Jahren der Markt für Eisen deutlich erweitert wurde, verlegte die Stahlindustrie ihren Schwerpunkt aus dem Kohlegebiet Asturien in das Eisenerzgebiet Vizcaya, womit der rapide Aufschwung dieser baskischen Provinz einsetzte. Es entstanden zahlreiche Eisenwerke (auch in Guipúzcoa), bald wurde mit der Herstellung von Stahl nach modernen Verfahren begonnen. Gegen Ende des Jahrhunderts stand Vizcaya an der Spitze des industriellen Fortschritts in Spanien. Die Provinz hatte das größte Bevölkerungswachstum, das dichteste Eisenbahnnetz, die höchste Zahl von Schiffen, die bedeutendste Kapitalakkumulation des Landes, wichtige Werften. Bergwerkskonzessionäre und Reeder erlangten eine beachtliche Finanzmacht.

Als Reaktion auf diesen Industrialisierungsprozess ihrer Region erhoben die "traditionellen" baskischen Mittelschichten und das agrarische Hinterland Forderungen, die als Defensivhaltung gegen die wachsende Bedrohung der baskischen Ethnie durch den Modernisierungsprozess zu verstehen sind. Die rapiden Strukturveränderungen und die ethnische Vermischung durch den breiten Zustrom von Arbeitskräften aus anderen Teilen Spaniens wirkten auf die baskische Bevölkerung in ihrem dörflich-ländlichen, von Katholizismus und moralischem Konservatismus geprägten Milieu bedrohlich; hinzu kam, dass der politische Entzug der *fueros* tief schmerzte (Waldmann 1990: 17-60).

2 Zu den Anfängen des baskischen Nationalismus vgl. (kritisch) Elorza 2001.

Zu dieser gegen Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden baskischen "Erneuerung" gehörte die Rückbesinnung auf die angebliche ethnisch-rassische Einzigartigkeit ebenso wie die Wiederbelebung und Vereinheitlichung der baskischen Sprache, die Schaffung baskischer Symbole, einer eigenen Hymne und Flagge (*Ikurrina*). Auch die Wortneuschöpfung *Euskadi* für Baskenland geht auf diese national-baskische Renaissance zurück.

Der eigentliche gesamtbasische Nationalismus, der sich sehr bald vom Karlismus distanzierte, ging Ende des 19. Jahrhunderts aus der kulturnationalen Erweckungsbewegung unter Sabino de Arana (1865–1903) hervor, der 1895 die Baskische Nationalistische Partei (*Partido Nacionalista Vasco*, PNV) gründete. Während die Hochburgen des Karlismus die beiden "Inlands"-Provinzen Alava und Navarra waren, hatte der PNV seinen ursprünglichen Schwerpunkt in den Küstenprovinzen Guipúzcoa und Vizcaya. Zur Zeit seiner Entstehung war der baskische Nationalismus eine in doppelter Hinsicht antimoderne Bewegung: Er richtete sich zum einen gegen die Industrialisierung und Modernisierung (mit all ihren Folgen), zum anderen gegen den politisch-zentralistischen Liberalismus, der von Madrid aus für die Abschaffung der baskischen Sonderrechte verantwortlich war.

Die ursprüngliche PNV-Forderung nach Selbständigkeit von *Euskadi* wurde allmählich zugunsten einer umfassenden Autonomie und "Baskisierung" der Gesellschaft hintangestellt, allerdings nie vollständig aufgegeben; 1931 entschied sich die Partei, trotz ihrer ständisch-konservativen, antiliberal-klerikalen Orientierung, für die Republik, da nur von dieser die erstrebte Regionallösung zu erwarten war.

In jenen ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bildete sich im Baskenland aufgrund politischer Unwägbarkeiten und periodisch wiederkehrender staatlicher Repression eine vitale zivile Gesellschaft mit eigener Kultur und spezifischen Einrichtungen heraus. Die Bevölkerung entwickelte ein waches und kritisches Bewusstsein; den Hauptrückhalt des Baskentums bildeten allerdings nicht die kleinen Gemeinden und ländlichen Bevölkerungsgruppen des Hinterlandes von *Euskadi*, sondern die städtischen Unter- und Mittelschichten, primär Bilbaos.

2. Unterdrückung und Selbstbehauptung: die Basken während des Franquismus

Während des Bürgerkriegs (1936–1939) ergriffen die Basken Partei für die Republik; die Rache Francos ließ nicht auf sich warten: Alle Autonomie- und Regionalregelungen aus der Zeit der Zweiten Republik wurden noch während des Bürgerkriegs außer Kraft gesetzt, das gesamte "nationale" Territorium einem rigiden Zentralismus unterworfen. Das aus dem Bürgerkrieg siegreich hervorgegangene Franco-Regime betrieb von Anfang an eine systematische und brutale Politik der Unterdrückung und Auslö-

scheidung des Katalanischen und des Baskischen. Die überaus harten Repressionsmaßnahmen lassen sich sowohl als Racheschläge gegen die im Bürgerkrieg auf der Seite der Republik kämpfenden Regionen wie als Versuch deuten, endgültig und kompromisslos Spanien als zentralistischen Einheitsstaat zu etablieren. Neben die direkte Repression und Unterdrückung in Form von Ausnahmezuständen, Verhaftungen und Verfolgungen trat die indirekte in Form systematischer Zurücksetzung bei der Aufstellung des Staatshaushalts. Als sie noch zur finanziellen Selbstverwaltung berechtigt waren, zählten die Baskenprovinzen Guipúzcoa und Vizcaya stets zu den Provinzen mit den höchsten Pro-Kopf-Ausgaben der öffentlichen Hand für den Bürger. Von dem Augenblick an, da der Verwaltungsapparat in den beiden Provinzen vom Staatshaushalt abhängig wurde, gingen diese Beträge kontinuierlich zurück. Die von Guipúzcoa und Vizcaya an den Zentralstaat abgeführten Steuern lagen stets deutlich über den Summen, die den lokalen Körperschaften vom Finanzministerium zur eigenen Verfügung überlassen wurden. Hier liegt eine der entscheidenden Wurzeln für das Defizit an infrastrukturellen Einrichtungen (Gesundheitswesen, Verkehr), das in den 60er Jahren allgemein ins Auge sprang (Waldmann 1990: 61-100).

Im Zuge der politischen und ökonomischen Bestrafung Kataloniens und des Baskenlandes wurde nach dem Bürgerkrieg der wirtschaftliche Einfluss beider Regionen so weit wie möglich eingedämmt; beide Landesteile mussten in Form hoher Steuerabflüsse erhebliche finanzielle Opfer für die Entwicklung des restlichen, weit weniger industrialisierten Spanien erbringen. Der Ausbau der Infrastruktur stagnierte im Baskenland wie in Katalonien, das Gesundheits- und Erziehungswesen konnte den wachsenden Bedürfnissen bei weitem nicht gerecht werden. In beiden Regionen kam es nach 1939 zu massenhaften "Säuberungen" in Verwaltung und öffentlichen Institutionen, alle Zeugnisse der Regionalkultur wurden zerstört oder verboten, der Gebrauch der Regionalsprachen bei Behörden und in der Öffentlichkeit mit Strafen belegt; fortan musste ausschließlich "christlich" (*¡hablad cristiano!*), d.h. kastilisch, die "Sprache des Reiches" (*la lengua del Imperio*), gesprochen werden.

Trotz massiver Behinderungen entwickelten sich beide Regionen ökonomisch erfolgreich. In der baskischen Provinz Guipúzcoa erfolgte sogar die eigentliche Industrialisierung erst jetzt, in den 50er und 60er Jahren. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Klein- und Mittelbetriebe, die sich zum größten Teil im Hinterland der Provinz ansiedelten, somit in einer Region, die mit Einzelgehöften, dörflichen Gemeinschaften und stark verwurzelt Katholizismus noch stark traditionell geprägt war. Auch die Provinzen Alava und Navarra wurden industrialisiert. 1975 waren 53% der aktiven Bevölkerung des Baskenlandes in der Industrie tätig (1955: 44%), 36% im Dienstleistungsbereich (1955: 31%) und 11% in der Landwirtschaft (1955: 25%). Die Entwicklung des Dienstleistungssektors blieb deutlich

hinter derjenigen der Industrie zurück. Innerhalb des Dienstleistungssektors gab es deutliche Differenzierungen: Steigerungsraten verzeichneten vor allem die rentablen Zweige wie Banken, Börse, Warentransport, Geschäfte und teilweise der Tourismus, während die sozialen Infrastruktureinrichtungen und die öffentlichen Transportmittel nach wie vor mangelhaft blieben (Bernecker 1997: 163-173).

Die massive Industrialisierung hatte vielerlei Folgen im urbanistischen und demographischen Bereich. Zuerst ist auf die gewaltige Zuwanderung aus anderen spanischen Regionen zu verweisen, was wiederum – auch infolge der repressiven Sprachpolitik des Franquismus – einen markanten Rückgang der baskischen Sprache zur Folge hatte. 1970 waren bereits 29,5% der Einwohner des Baskenlandes in anderen Regionen Spaniens geboren. Berücksichtigt man die Herkunft der Eltern, so war die Situation für die Basken noch problematischer: 1975 waren nur 51% der baskischen Bevölkerung hundertprozentige Basken (d.h. im Baskenland geboren und beide Eltern Basken); 49% waren Zuwanderer oder Personen, die zwar im Baskenland geboren waren, aber mindestens einen nicht-baskischen Elternteil hatten.

Diese demographischen Veränderungen bewirkten einen markanten Rückgang der baskischen Sprache, deren Grenze sich ohnehin seit Jahrhunderten nach Norden verschoben hatte. In den 60er Jahren war bereits eine deutliche Abnahme der Sprachintensität innerhalb des Baskenlandes zu registrieren, d.h. der Anteil der effektiv baskisch-sprechenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Baskenlandes sank.

Die Provinz mit dem höchsten Anteil an Baskischsprechenden ist Guipúzcoa. In den 70er Jahren sprachen 44% der Einwohner dieser Provinz baskisch; Vizcaya folgte mit 16%; in Navarra waren es 11%, in Alava 9%. Von den in der jeweiligen Provinz Geborenen sprachen in Guipúzcoa 64% baskisch, in Vizcaya 39%, in Navarra 14% und in Alava 12%. Trotz dieser Zahlen wurde die Bedrohung des Baskischen durch die Zuwanderer am meisten in Guipúzcoa empfunden. Während sich in Vizcaya und Alava die Zuwanderer vor allem auf die Großstädte konzentrierten, ließen sie sich in Guipúzcoa auch in den kleinen industrialisierten Städten des Hinterlandes nieder. Besonders die Goierri-Gegend war sehr stark von dieser Zuwanderung betroffen. Es ist kein Zufall, dass aus dieser Gegend die meisten ETA-Mitglieder stammen.

Durch die Zuwanderer war nicht nur die Sprache bedroht, auch die traditionelle Lebensweise wurde in Frage gestellt. Gegen diese Bedrohung setzte sich der neuere baskische Nationalismus zur Wehr, der somit als Reaktion auf die zunehmende Bedrohung der baskischen Ethnie und der traditionellen, vom Katholizismus geprägten dörflich-ländlichen Lebensformen durch die Industrialisierung, die Verstädterung, die Zuwanderung und den repressiven Zentralismus der Madrider Regierung entstand.

Auf ihre systematische Diskriminierung und auf die Negierung ihrer kulturellen Eigenständigkeit reagierte die Bevölkerung Kataloniens und des Baskenlandes

zunächst in durchaus vergleichbarer Weise. Sie verweigerte etwa dem Regime die politische Anerkennung, indem sie sich bei Volksabstimmungen der Stimme weit mehr, als dies in anderen Regionen geschah, enthielt; dies war vorerst die einzige politische Möglichkeit, eine Protesthaltung zu artikulieren. Oft gerieten auch religiöse Feste zu politischen Ausbrüchen kollektiven Unmuts. Eine andere Form der kulturell-ethnischen Selbstbehauptung war der Rückzug in die "zivile" Gesellschaft, die Teilnahme an vielfältigen Vereinen, Clubs, Gesellschaften und Verbänden, die scheinbar unpolitisch waren, deren Aktivitäten und Dynamik aber Ausdruck eines lebendig gebliebenen und konsequent gepflegten Bewusstseins regionaler Eigenart waren. Viele dieser Organisationen entwickelten sich zu Durchgangsstationen und politischen Sozialisationsinstanzen oppositioneller Nationalisten.

3. Der gewaltsame Nationalismus von ETA

Im Gegensatz zu diesen Formen des eher passiven Widerstands, der sich in beiden Regionen ähnlich artikuliert, unterschieden sich das Baskenland und Katalonien wesentlich in den Artikulationsformen des aktiven, auf die Wiederherstellung der Autonomie hin orientierten Widerstands. Während sich in Katalonien der Kampf im Wesentlichen auf die Bewahrung und Verteidigung der Regionalsprache und Kultur konzentrierte und erst zu Beginn der 70er Jahre in der Gründung der *Asamblea de Catalunya* auch politisch äußerte, war es im Baskenland die Geheimorganisation ETA (*Euskadi Ta Askatasuna*, "Baskenland und Freiheit"), die durch Gewaltaktionen und ständig zunehmende Terrormaßnahmen das Regime in erhebliche Bedrängnis brachte, schließlich klar in die Defensive verwies. In *Euskadi* nahm der kollektive politische Protest heftigere und dauerhaftere Formen an als in jedem anderen Landesteil (Waldmann 1984).

Die Wiederbelebung des baskischen Nationalismus setzte Mitte der 50er Jahre ein. Sie stand in engem Zusammenhang mit der Gründung und dem Aufstieg der baskisch-radikalen Organisation ETA, die sich 1959 aus einer Abspaltung des *Partido Nacionalista Vasco*, der alten Partei des (gemäßigten) baskischen Nationalismus (Payne 1974; Linz 1973; Solozábal Echavarría 1975), konstituierte und in den 60er und frühen 70er Jahren zum erfolgreichsten Träger des baskischen (gewalt-samen) Widerstands gegen das Franco-Regime entwickelte.³

Jahrelang lag der Aktionsschwerpunkt der neuen Kampforganisation, die sich ursprünglich als "patriotisch, demokratisch und akonfessionell" definierte, auf dem

3 Zur Geschichte des PNV zwischen 1936 und 1979, zur Haltung der Partei gegenüber der Verfassung von 1978, dem Verhältnis zu ETA und den internen Divergenzen (zwischen einer autonomistischen Realpolitik und der Unabhängigkeitsutopie) vgl. de Pablo / Mees / Rodríguez Ranz 2001.

Bemalen von Wänden mit autonomistischen Sprüchen und der Verteilung von Propagandamaterial, während in der Theorie- und Strategiediskussion von ETA schon viel früher der Terror als wichtigstes Instrument zur Bekämpfung des zentralistischen Staates akzeptiert worden war. Gewaltmodelle und -methoden, die ETA aufgriff und sich nutzbar zu machen suchte, waren die kubanische Revolution, die Guerillalehren Mao Tse-tungs, die Lehren aus dem algerischen und vietnamesischen Befreiungskampf. Bis Mitte der 60er Jahre hatte ETA ziemlich klare Vorstellungen von den politischen und gesellschaftlichen Zielen ihres Kampfes sowie der einzuschlagenden Taktik entwickelt. Sie brach mit der traditionellen, rückwärtsgewandten Ideologie des PNV; das Baskentum definierte sie nicht mehr mit "Rassenzugehörigkeit", sondern kulturell und sprachlich. Ihr wichtigstes Ziel war ein nach innen wie nach außen souveräner baskischer Staat, in dem die französischen und die spanischen Baskenprovinzen zu einem Staatsgebilde vereinigt sein müssten; dessen künftige Gesellschaftsordnung sollte "sozialistisch" sein. ETA verfolgte somit sowohl ein nationalistisches als auch ein sozialistisches Ziel. Diskussionen darüber, welchem dieser beiden Fernziele die Priorität zukomme, führten zu mehreren Spaltungen der Organisation. Ihre wichtigste Kampfmethodik wurde die Guerillataktik, insbesondere die Technik der Stadtguerilla. Der Staat sollte durch Attentate auf Amtsträger und Sicherheitskräfte zu repressiven Maßnahmen provoziert werden, da die sodann zu erwartende Verfolgungswelle der aufständischen Bewegung immer mehr Anhänger zutreiben würde, die Situation im Baskenland für die Masse der Bevölkerung immer unerträglicher werden würde und schließlich eine Massenerhebung des Volkes gegen seine Unterdrücker die Spirale von Aggression und Repression, von Terror und Gegenterror beenden würde (Clark 1984).

Fast alle ETA-Angehörigen, über die genauere Angaben vorliegen, entstammten den Küstenprovinzen Guipúzcoa und Vizcaya; zum überwiegenden Teil wuchsen sie in einem baskischen Familienmilieu auf, das sich in vielen Fällen der unteren Mittelschicht zuordnen lässt. Diese Hinweise geben bereits einige wichtige Anhaltspunkte zur Erklärung der Entstehungsgründe von ETA. Um deren Ausbreitung in der baskischen Gesellschaft verstehen und analysieren zu können, muss man eine Vielzahl von Faktoren und Umständen berücksichtigen, insbesondere die tiefgreifenden Strukturveränderungen, denen das Baskenland in den 60er und frühen 70er Jahren in wirtschaftlicher, sozialer, demographischer, aber auch kulturell-sprachlicher, religiöser und ethisch-moralischer Hinsicht ausgesetzt war.

Zu diesen Veränderungen zählten die sozialen Abstiegsprozesse, die für viele Basken mit dem Rückgang der Landwirtschaft und der Zunahme der abhängig Beschäftigten in anderen Sektoren verbunden waren. Die sozialen und ökonomischen Verschiebungen gingen mit einer Zunahme des Säkularisierungsprozesses

und einem Rückgang des Baskischen einher. Hinzu kam die Unzufriedenheit mit der als ungerecht empfundenen Verteilung des erwirtschafteten Reichtums. Diese Faktoren steigerten das baskische Aggressionspotential, da die angesprochenen Entwicklungen auf einem Hintergrund systematischer politischer Unterdrückung vor sich gingen. Diese bewirkte eine Politisierung der baskischen Gesellschaft, deren Unzufriedenheit sich gegen das Zentralregime wandte (Lang 1988).

ETA wurde weit über die Grenzen Spaniens hinaus bekannt wegen ihrer Widerstands- und Gewaltaktionen gegen den Zentralstaat und seine franquistischen Vertreter. Dass dieser gewaltsame Protest über die ursprüngliche, allein gegen die zentralistische Diktatur zielende Stoßrichtung hinaus eine soziale bzw. sozialistische Komponente erhielt, hängt mit einem besonderen Phänomen zusammen: Die Basken stellten nicht nur einen überproportional hohen Anteil an den von Franco Verfolgten und Eingesperrten; sie waren auch in den Führungskadern des Regimes, unter Ministern und Staatsanwälten, Bischöfen und der ökonomisch-finanziellen Elite des Landes überrepräsentiert. Diese baskische Wirtschafts- und Finanzoligarchie, die das Baskenland verlassen und sich in die führende Madrider Gesellschaftsschicht integriert hatte, wurde nun des Verrats an der baskischen Sache bezichtigt. Ohne diese Allianz zwischen dem spanischen Staat und der aus dem Baskenland stammenden Großbourgeoisie wäre es bei den baskischen Widerstandsaktionen kaum zu jener explosiven Mischung nationalistischer und sozialistischer Motive, zu jenem wiederholten Zusammengehen von Kleinbürgertum und Arbeiterschaft gekommen, das durch die Generalstreiks zu Anfang und Mitte der 70er Jahre augenfällig dokumentiert wurde (Heiberg 1989).

Die Mittelschicht (Teile des Klerus, der Studenten und Intellektuellen, der kleinen Gewerbetreibenden) spielte somit in der Organisation ETA eine herausragende Rolle. (Die Protestbewegungen der Arbeiter erfolgten weniger im Namen der Ethnie als vielmehr zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen, die Großbourgeoisie wiederum kümmerte sich kaum um regionale Belange des Baskenlandes.) In Anlehnung an Studien von Miroslav Hroch und Eric Hobsbawm lässt sich in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung von "Zwischenschichten" als Träger von Nationalismus verweisen, da sie wegen ihrer instabilen sozialen Lage geradezu exemplarisch den Schwebezustand zwischen Tradition und Moderne repräsentieren. Der Nationalismus im Baskenland kann als Angstreaktion vor allem dieser (unteren) Mittelschichten auf die drohende Zerstörung alter Bindungen und Identitätsmuster angesehen werden, haben Mittelschichten doch, im Gegensatz zu Ober- und Unterschichten, größere Mühe, ihren Standort zu bestimmen, weshalb sie auch anfälliger für Ideologien sind (Waldmann 1989: 77ff.).

Seit 1968 lässt sich eine zwar unregelmäßige, jedoch deutliche Steigerung des Gewaltaufkommens feststellen; terroristische Anschläge mit tödlichem Ausgang nah-

men im Baskenland vor allem nach Francos Tod zu. Der "quantitativen" Zunahme an Menschenopfern entsprach dabei eine auch "qualitative" Steigerung an Brutalität des Gewalthandelns. Denn während ETA bis ungefähr 1966 ihre Ziele im Wesentlichen mit friedlichen Mitteln verfolgte – es wurden demonstrativ baskische Lieder gesungen, die verbotene Flagge *Ikurrina* gehisst, nationalistische Broschüren verteilt –, ging sie ab 1967 zur Sachzerstörung (Bombenanschläge) und sodann auch zur Tötung von Menschen über. 1968 tötete sie zum ersten Mal einen Polizisten; im folgenden Jahr fünf griff sie immer häufiger zum Mittel eines "selektiven" Terrors, d.h. sie wählte ihre Opfer sorgfältig aus, erschoss einen besonders grausamen Polizeinspektor, nahm wiederholt Großindustrielle gefangen oder entführte den deutschen Konsul in San Sebastián, wenn sie mit derartigen Aktionen konkrete Ziele zu erreichen hoffte. Zu systematischem Terror griff die Organisation erst in den letzten Jahren des Franco-Regimes.

4. Demokratisierungsprozess und Autonomie

Bei Francos Tod gehörte das jahrzehntelang ungelöste, ja: verschärfte Regionalismusproblem zu den schwierigsten Hypotheken, die der Diktator dem Land hinterließ. Der Weg Spaniens in die Demokratie musste zugleich ein Prozess der Regionalisierung, der Rekonstruktion der demokratischen Institutionen wie auch der Emanzipation einer demokratischen Kultur in den einzelnen Landesteilen sein. Vorerst machten, wie nicht anders zu erwarten, das Baskenland und Katalonien von sich reden. Die wichtigsten Forderungen waren sofortige Amnestie politischer Häftlinge und Wiedereinsetzung der früheren Autonomiestatute. Die demonstrative Zurschaustellung ihres regionalistisch-nationalistischen Bewusstseins erfolgte zuerst auf sprachlich-kultureller Ebene. Die Presse sprach immer seltener vom "spanischen" Volk und der "spanischen" Sprache, sondern von den Völkern und Nationalitäten des Staates; es gab kein "Spanisch" mehr, sondern Kastilisch – neben Katalanisch, Baskisch, Galicisch, Kanarisch. Die Hervorhebung der eigenen Sprache und Kultur war nur ein Aspekt (und keineswegs der wichtigste) der Autonomiebewegung. Es ging vor allem um die Wiedererringung der politischen und wirtschaftlichen Selbstverwaltungsrechte der Regionen. Bei der Übertragung politischer Kompetenzen an die Regionen hatte es Ministerpräsident Adolfo Suárez aber nicht eilig; er zögerte den Autonomieprozess, wo immer möglich, hinaus. Die Unruhen nahmen daraufhin sehr schnell zu, vor allem im Baskenland und in Katalonien. Um den wachsenden politischen Druck aus den verschiedenen Landesteilen zu vermindern, entschied sich Suárez schließlich noch vor der Verabschiedung der neuen Verfassung für eine Übergangslösung, die zwischen Herbst 1977 und Sommer 1978 fast allen Regionen vorläufige Autonomiestatute brachte.

Sodann ruhten sämtliche Autonomieverhandlungen für längere Zeit, da in Madrid gerade die neue Verfassung ausgearbeitet wurde, die einen landesweiten und definitiven Rahmen zur Lösung der einzelnen Regionalprobleme bringen sollte. Da einige Verfassungsbestimmungen – vor allem die der “unauflöslichen Einheit der spanischen Nation” – für baskische Nationalisten unannehmbar waren, plädierten sie bei der Volksabstimmung für eine Ablehnung der Verfassung. Ihre Kampagne hatte Erfolg: In Guipúzcoa stimmten lediglich 27,8% der Abstimmungsberechtigten für die Magna Charta, in Vizcaya waren es 30,9%, in Alava 42,3%. (Navarra stimmte der Verfassung knapp mit 50,4% zu.) Die Verfassung sah schließlich eine regionalistische, keine föderalistische Lösung der Autonomiefrage vor. Jede “Nationalität” und “Region” hat das Recht auf Selbstverwaltung. Dabei sollte der Begriff “Nationalität” den Basken, Katalanen und Galiciern vorbehalten bleiben, die sich von den übrigen Spaniern nicht nur historisch, sondern auch sprachlich-kulturell und zum Teil ethnisch unterscheiden (Diputación Provincial de Córdoba 1985; García Ferrando 1982).

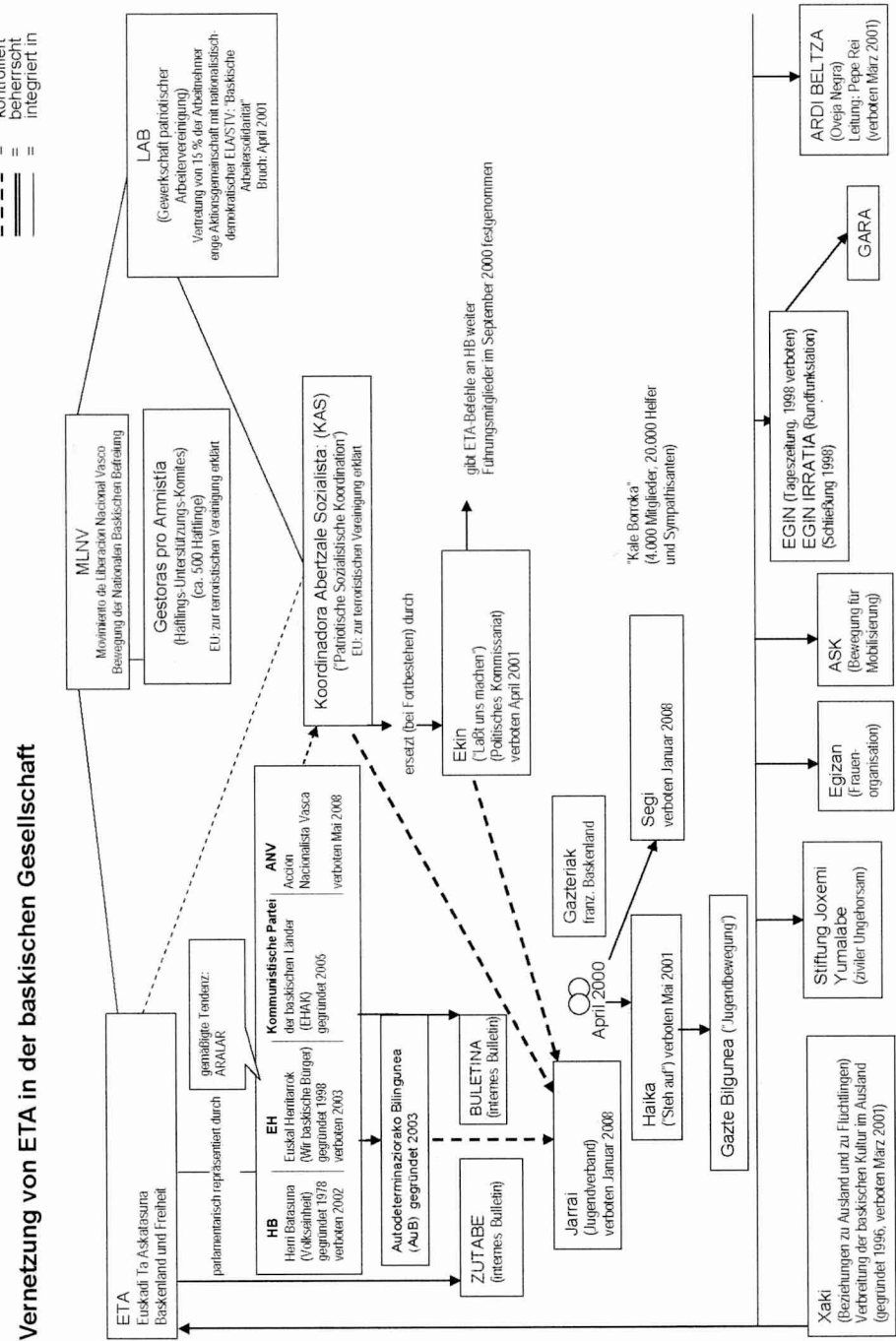
In unmittelbarem Zusammenhang mit der Regionalisierung des Landes steht der Problemkomplex, der den Demokratisierungsprozess wiederholt fast zum Scheitern brachte: der Terrorismus von links und rechts. In jenen Jahren entwickelte ETA eine Doppelstrategie zur Erreichung ihres politischen Ziels eines unabhängigen Baskenlandes: Neben den Terrorismus trat der Versuch der politischen Durchsetzung der Institutionen. Der zu diesem Zweck gegründeten “Patriotischen Sozialistischen Koordinationsgruppe” (*Koordinadora Abertzale Sozialista*, KAS) gehörten – neben ETA selbst – die Jugendorganisation *Jarrai*, die nationalistische Gewerkschaft LAB und einige weitere Gruppierungen an. In den folgenden Jahren vertrat KAS zumeist die von ETA propagierten Maximalforderungen, kämpfte aber auch für (von großen Teilen der baskischen Bevölkerung unterstützte) kurzfristige Ziele wie Zusammenlegung der baskischen Gefangenen, Amnestie oder Rückzug zentralstaatlicher Polizeikräfte aus dem Baskenland.

Auf der anderen Seite gab es immer wieder Tote durch Schüsse und Übergriffe der Polizei; viele Basken vertraten noch lange die Meinung, dass sich für sie seit dem Franquismus nichts geändert habe. Ende 1975 wurde eine Bürgerinitiative zugunsten einer umfassenden Amnestie (*Gestoras Pro Amnistía*) gegründet, die in den Folgejahren zahlreiche Kampagnen durchführte und auch weitgehend erfolgreich war. In den vergangenen 30 Jahren ist es ETA gelungen, ein weitverzweigtes Netz von politischen Parteien, Jugendverbänden, Massenmedien, Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzubauen, das deutlich werden lässt, wie erfolgreich die Terrororganisation ihre politische Zielsetzung weit über ihren engen Zirkel hinaus zu propagieren verstanden hat. (Das Schema “Vernetzung von ETA in der baskischen Gesellschaft” lässt die vielfältigen Verflechtungen der Unabhängigkeitsbewegung erkennen.)

Im Mai 1979 übernahm Carlos Garaikoetxea vom bürgerlich-nationalistischen PNV den Vorsitz im baskischen Generalrat. Nach mehreren Wochen zäher Verhandlungen, bei denen Garaikoetxea und Ministerpräsident Suárez sich persönlich stark engagierten, einigten sich Regierung und PNV am frühen Morgen des 19. Juli 1979 auf ein Statut für das Baskenland. In Einklang mit der spanischen Verfassung wurden in diesem sogenannten "Statut von Gernika" den Basken eine autonome Regierung und ein eigenes Parlament, die Gleichberechtigung ihrer Sprache mit dem Spanischen, eine weitgehende Finanzautonomie, die Einrichtung eines regionalen Obersten Gerichtshofs und das Hoheitsrecht über Justiz und Erziehungswesen zugestanden. Sie wurden ermächtigt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung anstelle der staatlichen eine eigene Polizei aufzubauen, und erhielten weitgehende Kompetenzen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich. In einer Zusatzklausel wurde dem "baskischen Volk" die Rückforderung weiterer "historischer Rechte" erlaubt, allerdings nur im Rahmen der geltenden spanischen Verfassung. (Trotzdem wird dieser Satz stets als Umschreibung einer möglichen späteren Unabhängigkeit des Baskenlandes gedeutet.) Mit Ausnahme von *ETA militar* und ihres 1978 gegründeten "politischen Arms" *Herri Batasuna* (HB, "Vereintes Volk"), die an der Forderung nach einem sofortigen selbständigen sozialistischen Baskenland festhielten, wurde das Statut von allen baskischen Parteien und politischen Gruppen begrüßt; auch *ETA político-militar* äußerte sich zustimmend. Am 25. Oktober 1979 stimmten sowohl das Baskenland wie Katalonien über ihre Autonomiestatute ab. In beiden Regionen wurden die Statute von der Bevölkerung mit überwältigenden Mehrheiten angenommen – allerdings bei einer hohen Wahlenthaltung von (in beiden Fällen) rund 40%.

Zu einer Beruhigung oder gar Befriedung des Baskenlandes konnte das Autonomiestatut allerdings nur sehr beschränkt beitragen; die politischen Attentate wurden fortgesetzt. 1980 gründeten in *Euskadi* alle politischen Parteien – mit Ausnahme von HB – erstmalig eine gemeinsame "Friedensfront" gegen die politisch motivierte Gewalt in der Region.

Die Eskalation des Terrors in den folgenden Jahren war nicht nur qualitativ auszumachen. Die Zunahme terroristischer Anschläge führte auch zu einer willkürlichen Streuung der Opfer und Geschädigten. Inzwischen wurden nicht nur bestimmte Polizisten umgebracht, sondern der Polizei und dem Militär schlechthin wurde der Kampf angesagt; waren früher nur Unternehmer entführt und erpresst worden, die als "Verräter" und "Klassenfeinde" galten, so widerfuhr dieses Schicksal inzwischen auch mittelständischen Industriellen, die ein gutes Verhältnis zu ihrer Belegschaft hatten. Die "Revolutionssteuer" zur Finanzierung des ETA-Kampfes, die früher nur von besonders reichen baskischen Familien eingetrieben worden war, musste inzwischen von den meisten Angehörigen des gehobenen Mittelstands entrichtet werden.



5. Auf der Suche nach Lösungen: Gewalt oder Verhandlungen?

Der Übergang in die Demokratie brachte keine Lösung des ETA-Problems. Im Gegenteil: Der Terror nahm zu, erreichte 1980 einen spektakulären Höhepunkt mit 100 Gewalttoten und pendelte sich danach bei rund 40 pro Jahr ein. Bald wurde deutlich, dass der ETA-Terror zu einer endemischen Erscheinung geworden und durch Übertragung weiterer Kompetenzen an das Baskenland nicht einzudämmen war. Die sozialistischen Regierungen von Felipe González (1982–1996) wandten verschiedene Taktiken an, um ETA zu bekämpfen: Auf der einen Seite erfolgte eine engere Zusammenarbeit mit den französischen Sicherheitsbehörden, die schließlich zur Mithilfe bei der ETA-Verfolgung bewogen werden konnten. Damit entfiel der südwestfranzösische Rückzugsraum für ETA, den sie jahrelang als Zufluchtszone und Ausgangsbasis für viele Anschläge benutzt hatte; dies führte zu einer deutlichen Schwächung der Organisation. Im Frühjahr 1992 konnte die gesamte damalige ETA-Führung im südfranzösischen Bidart ausgehoben werden, was einen gewaltigen Schlag gegen die Terrororganisation bedeutete.

Auf der anderen Seite verstärkten die spanischen Behörden ihren Kampf gegen die Separatisten, sie verschärfte die antiterroristischen Gesetze, hoben ETA-Schlupfwinkel aus, erzielten polizeiliche Erfolge. Offensichtlich überschritten die Behörden dabei auch die von einem Rechtsstaat gesetzten Grenzen. Vieles spricht dafür, dass vom Madrider Innenministerium aus in den Jahren 1983 bis 1987 eine Terrororganisation mit der Bezeichnung *Grupos Antiterroristas de Liberación* (GAL, „Antiterroristische Befreiungsgruppen“) aufgebaut wurde und diese Attentate gegen (angebliche oder tatsächliche) ETA-Mitglieder mit dem Ziel verübte, die baskische Unabhängigkeitsbewegung durch gezielten Gegenterror zu zerschlagen. Dieser „schmutzige Krieg“ kostete mehrere Dutzend Menschen das Leben.⁴

Seit die baskische Regierung die Kompetenz über eine eigene Polizei (*Ertzaintza*) hat, ist diese auch immer öfter Opfer von Attentaten geworden. Was früher ein Konflikt zwischen dem Baskenland und der Zentralregierung war, ist schon seit längerem auch eine innerbaskische Auseinandersetzung. Vor allem ist seit Jahren eine Entwicklung festzustellen, die im Zuge der willkürlichen ETA-Morde deutlich zugenommen hat: die Distanzierung der baskischen Gesellschaft von ETA. Lange Zeit war in *Euskadi* zum ETA-Terror geschwiegen worden, teils aus angeblichem Verständnis, teils aus Angst. Es war (und ist) auch mit nicht unerheblichen Risiken verbunden, öffentlich seine Stimme gegen ETA zu erheben. In den letzten Jahren nun hat sich eine immer breitere Widerstandsfront gegen das radikal-nationalisti-

4 Zum Zusammenhang von ETA, GAL und Demokratisierung vgl. Woodworth 2001.

sche Lager und dessen Gewalttaten gebildet. Aus zuerst vereinzelter Stimmen wurde ein immer lauterer Chor; inzwischen haben Massendemonstrationen und Generalstreiks stattgefunden, an denen Hunderttausende von Basken mit dem Friedenssymbol, einer blauen Schleife, teilgenommen haben. Zuerst organisierten sich die Familien, die Opfer des ETA-Terrors geworden waren. Die bedeutendsten Vereinigungen sind die *Asociación de Víctimas del Terrorismo* (AVT) und das *Comité de Víctimas del Terrorismo* (COVITE). Zu den Organisationen, die mutig ihre Stimme gegen ETA erheben und ihre Mitglieder damit erheblichen Risiken für Leib und Leben aussetzen, gehören *Basta ya*, *Gesto por la Paz* und *Elkarri*. Nach der Ermordung des jungen Gemeinderats von Ermua, Miguel Ángel Blanco, 1997 entstanden noch *Foro Ermua* und (als Stiftung für die Opfer des Terrors) die *Fundación Miguel Ángel Blanco*.

Heute lässt sich deutlich sagen: Die militante Organisation ETA verliert im Baskenland seit Jahren zusehends an sozialem Rückhalt, die Politiker der ETA-nahen Parteien – die sich nach wie vor weigern, die Morde und Entführungen zu verurteilen – werden immer offensiver ausgegrenzt. Immer breiter wird die gesellschaftliche und politische Koalition jener Kräfte, die den Terrorismus aktiv ablehnen und die radikalen Kräfte isolieren. Der Straßenterror der Jugendorganisation *Jarraí* trifft auf ebenfalls jugendlichen Widerstand.

Allerdings gibt es auch widersprüchliche Entwicklungen. Schon 1988 hatten sich die demokratischen Parteien des Baskenlandes im "Pakt von Ajuria Enea" zu einer Antiterrorfront zusammengeschlossen. Die Front durchlief Höhen und Tiefen, überstand letztlich aber alle Krisen bis 1998, als sich der PNV den radikalen Nationalisten zuwandte und die Gemeinsamkeiten mit den gesamtstaatlichen Parteien immer weiter schrumpften. Eines der Probleme bestand darin, dass einige Führer des PNV – vor allem ihr damaliger Vorsitzender Xabier Arzalluz – wiederholt ambivalente Äußerungen von sich gaben (und geben), die als Verständnis für die Haltung von ETA und HB interpretiert werden können. In den 90er Jahren wurde immer häufiger der Vorwurf an den PNV gerichtet, sich nicht deutlich genug von den Positionen der Terroristen zu distanzieren; erst darauf reagierte die baskische Regierungspartei und ging (erstmalig 1994) gerichtlich gegen die Bedrohung der demokratischen Parteien durch die Separatistenorganisationen vor. Zu den umstrittenen Maßnahmen des PNV gehörte 1998 auch die Anrufung des Europäischen Gerichtshofs in Straßburg. Dieser sollte die spanische Regierung verurteilen, da sie sich weigerte, die inhaftierten ETA-Terroristen in Gefängnisse rund um das Baskenland zu verlegen. Auch andere Vorwürfe wurden laut: Der autonomen Polizei *Ertzaintza* wurde vorgehalten, nicht entschieden genug gegen den Straßenterror von *Jarraí* vorzugehen, in vielen Krawallfällen bewusst wegzusehen, Ortsbekannte ETA-Attentäter

nicht festzunehmen. Die baskische Justiz wiederum geriet ins Kreuzfeuer der Kritik, weil viele Richter – offensichtlich aus Angst – Prozesse verschleppten oder zu milde Urteile verhängten. Und die baskische Kirche geriet in Argumentationsnöte, als sie öffentlich für einen bedingungslosen Dialog zwischen Regierung und ETA eintrat und sich damit dem Verdacht aussetzte, die Terrorbande gesellschaftlich und politisch aufzuwerten und moralisch zu legitimieren.⁵

6. Die “nationalistische Front” und der Waffenstillstand von ETA

Das Jahr 1998 brachte vielfältige Veränderungen in die aufgewühlte politisch-soziale Szenerie des Baskenlandes. Zu Beginn des Jahres hatte *lehendakari* (offizieller Titel des Regierungschefs der Autonomieregierung des Baskenlandes) José Antonio Ardanza einen neuen Friedensplan vorgelegt, der jedoch vom *Partido Popular* (PP) und in der Folge auch vom *Partido Socialista de Euskadi* (PSE) nicht akzeptiert wurde. Der Plan sah einen “Dialog ohne Grenzen” vor, zu dem auch das Parteienbündnis *Herri Batasuna* eingeladen werden sollte, falls ETA einen längeren Waffenstillstand einhielte. Auch über das Recht der Basken auf Selbstbestimmung und eine mögliche Änderung der spanischen Verfassung sollte gesprochen werden. Die Ablehnung dieses Plans vor allem durch den in Madrid regierenden PP führte im weiteren Verlauf der Gespräche zu einer deutlichen Verhärtung der Positionen. Der PP konnte 1998 eine Reihe polizeilicher Erfolge im Kampf gegen ETA erzielen, was für die Madrider Regierung ein zusätzliches Argument für die Ablehnung des Friedensplans darstellte.⁶

Als ein Großteil der baskischen Bevölkerung Terrorakte von ETA sichtbar verurteilte und sich politisch von *Herri Batasuna* abzuwenden schien, andererseits die polizeilichen Maßnahmen zur Zerschlagung mehrerer ETA-Kommandos geführt hatten, änderten die separatistischen Linksnationalisten ihre Taktik. Anfang September 1998 taufte sich *Herri Batasuna* in *Euskal Herritarrok* (EH, “Wir baskische Bürger”) um; diese “patriotische” Liste sollte als erweiterte Wahlplattform bei den Regionalwahlen antreten. EH übernahm im Wesentlichen das politische Programm von HB, welches das Recht auf Selbstbestimmung des baskischen Volkes, eine demokratische Lösung des Gewaltproblems, mehr soziale Gerechtigkeit und die Vereinigung aller Basken (einschließlich derer in der nur teilweise baskischen Pro-

5 Zur Entwicklung in den 90er Jahren vgl. Unzueta 1997. Aus der Sicht der ETA-Opfer vgl. den Bericht von Calleja (1997).

6 Die Ausführungen zu den 80er und 90er Jahren beruhen im Wesentlichen auf Zeitungsmeldungen; ausgewertet wurden vor allem *El País*, *El Mundo*, *ABC*, *La Vanguardia*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

vinz Navarra und in Frankreich) fordert. Mit Ausnahme des PNV kritisierten nahezu alle Parteien diese Neugründung sofort als ein bloß taktisches Wahlmanöver (Aulestia 1998).

Wenige Tage nach der Gründung von EH unterzeichneten in Estella (baskisch: Lizarra) die nationalistischen Kräfte des Baskenlandes einen Pakt, der im Wesentlichen den zuvor präsentierten "Friedensplan" des baskischen Ministerpräsidenten aufgriff und mit den klassischen ETA-Forderungen verband. Er enthielt die Verpflichtung zu allseitigen und offenen, zugleich aber ausschließlich baskischen Verhandlungen über die politische Zukunft des Baskenlandes.

Kaum war die "Deklaration von Lizarra" verabschiedet, erklärte ETA einen "unbefristeten und vollständigen Waffenstillstand", der an keine Bedingungen geknüpft war; allerdings behielt sich die Separatistenorganisation vor, zu ihrer Strategie des Terrors zurückzukehren.⁷ Offensichtlich hatte der Gewaltverzicht der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) in Nordirland Einfluss auf die Waffenstillstandserklärung von ETA ausgeübt. Begrüßt wurde die Waffenruhe vom PNV, mit dem HB langwierige Geheimverhandlungen geführt hatte.⁸

In den Monaten, die auf die Ausrufung des Waffenstillstands durch ETA folgten, näherten sich der PNV und die separatistischen Organisationen immer mehr an: Gemeinsame Demonstrationen für die Zusammenführung und Annäherung von ETA-Häftlingen, übereinstimmende Erklärungen beider Organisationen, Zusammenarbeit in politischen Fragen charakterisierten die neue politische Szene. Im PNV wurde die Tendenz zur Annäherung von Positionen an die radikale EH wesentlich vom Vorsitzenden Xabier Arzalluz getragen.

Der von ETA ausgerufene Waffenstillstand wurde bis Januar 2000 eingehalten; in der Zwischenzeit griffen allerdings Brandanschläge, Zerstörungen, Aufforderungen zur Zahlung der "Revolutionssteuer" und vor allem Straßenterror (*kale borroka*) durch die Jugendorganisation *Jarraia*, somit ein Terrorismus "niedriger Intensität", wieder um sich. Außerdem bereitete sich ETA während des Waffenstillstands durch Waffenkäufe, Diebstahl von Sprengstoffen und Verbesserung ihrer Infrastruktur auf neue Attentate vor, so dass inzwischen feststeht, dass der Waffenstillstand von Anfang an ein Täuschungsmanöver der Terroristen war.⁹

7 Domínguez Iribarren 1998; zum "Innenleben" von ETA vgl. Domínguez Iribarren 2002.

8 Im Sommer 1998 war es zu einem Geheimabkommen zwischen PNV/EH und ETA gekommen; nach dessen öffentlicher Bekanntgabe durch ETA im April 1999 (in der Zeitung *Gara*) distanzierte sich der PNV wieder von diesem Abkommen. Zur Zusammenarbeit zwischen PNV und ETA vgl. San Sebastián / Gurruchaga 2000.

9 Einen beeindruckenden Bericht über das Klima von Angst und Misstrauen in der heutigen baskischen Gesellschaft liefert die journalistische Kampfschrift von Ezquerria (2001).

7. Die Radikalisierung des PNV

Im Herbst 1999 sollte das Baskenproblem eine weitere dramatische Wendung nehmen. Zum 20. Jahrestag des Erlasses des Autonomiestatuts erklärten die nationalistischen Parteien das "Statut von Gernika" für "beendet". Die Autonomieregelung für das Baskenland wurde als oktroyierte Regelung abgelehnt, da sie "Unterordnung" bedeute; angekündigt wurde ein "Souveränitätsprojekt", das dem Baskenland eine gleichberechtigte Verhandlungsbasis einräumen sollte. Im Oktober 1999 nannte ETA sodann die Bedingungen, unter denen sie Friedensgespräche mit Madrid wiederaufzunehmen bereit war: Erstens sollte die spanische Regierung alle von Basken getroffenen Übereinkommen und den frei ausgesprochenen Willen der Basken akzeptieren; alle Beschlüsse über die Zukunft des Baskenlandes sollten ausschließlich von Basken getroffen werden. Zweitens forderte ETA eine Garantieerklärung der spanischen Regierung, die Entwicklung im Baskenland zu respektieren. Drittens wurde die Freilassung der ETA-Häftlinge verlangt. Viertens bestand die Separatistenorganisation auf dem Abzug der "ausländisch-spanischen" bewaffneten Kräfte aus dem Baskenland, insbesondere der Bereitschaftspolizei und der *Guardia Civil*. Wenige Wochen später, am 28. November 1999, verkündete ETA das Ende ihres Waffenstillstands. Sie rechtfertigte ihren Schritt mit der angeblich von Spanien und Frankreich ausgeübten "Repression" sowie vor allem mit der Weigerung der Nationalisten des PNV, die extremen Forderungen von ETA zu erfüllen, zu denen er sich angeblich in einem Geheimpakt mit ETA verpflichtet hatte. Der PNV habe nicht mit den "spanischen" Parteien gebrochen, vielmehr den "Pakt zum Aufbau einer baskischen Nation" als "Friedensprozess" verkannt. Der PNV leugnete, je ein Geheimabkommen mit den Terroristen geschlossen zu haben. Er warnte zwar ETA nachdrücklich vor einer Wiederaufnahme des Terrors, führte aber seine parlamentarische Zusammenarbeit mit *Euskal Herriarrok* bedingungslos weiter. Anfang Dezember 1999 brach der PNV endgültig mit der Madrider Regierungspartei und entzog Ministerpräsident José María Aznar seine parlamentarische Unterstützung. Das Ende der Zusammenarbeit war einerseits mit der Radikalisierung des PNV, andererseits mit den massiven Attacken Aznars an die Adresse der baskischen Nationalisten zu erklären. Zugleich kündigte der PNV-Vorsitzende Xabier Arzalluz an, er werde mit der Separatistenorganisation EH über deren "Souveränitätsprojekt für *Euskadi*" in ein Gespräch eintreten. Daraufhin forderte der PP die Auflösung des baskischen Parlaments und Neuwahlen, da die Wähler im Oktober 1998 in Unkenntnis der politischen Radikalisierung des PNV ihre Stimme abgegeben hätten.

Im Januar 2000 sprach sich der PNV-Parteitag für eine "Souveränitätspolitik" neuer Art aus. Damit ließ die Partei 20 Jahre Politik auf der Grundlage des Autono-

miestatus hinter sich. Zum damaligen Zeitpunkt war der Pakt mit der radikal-separatistischen Partei EH, der im Gefolge des Lizarra-Abkommens vom September 1998 zustande gekommen war, noch in Kraft.¹⁰ Im Laufe des Jahres 2000 kam es zu einer immer deutlicheren Distanzierung des baskischen PNV-Nationalismus von der Madrider Regierung – vor allem, nachdem der PNV und EH übereingekommen waren, einen neuen politischen und rechtlichen Rahmen zu schaffen, der die Zielsetzung einer vollständigen Souveränität des Baskenlandes erreichbar machen sollte.¹¹

Im April 2000 verlor die nationalistische Regierung des Baskenlandes ihre parlamentarische Mehrheit, nachdem die Abgeordneten von EH, die bis dahin die Regierung unterstützt hatten, aus dem Parlament ausgezogen waren. Zuvor hatte Regierungschef Juan José Ibarretxe (PNV) den „Legislaturpakt“ seiner Partei mit EH aufgekündigt, da die Separatisten sich weigerten, die seit Januar wieder stattfindenden ETA-Morde zu verurteilen und sich von der Gewalt zu distanzieren. In der Folgezeit kamen aus dem PNV immer häufiger kritische Stimmen gegen den EH-freundlichen Kurs des Parteivorsitzenden Arzalluz, der seinen auch von vielen Basken kritisierten ambivalenten Kurs allerdings fortsetzte und damit die Einheit der demokratischen baskischen Parteien gegen den Terrorismus mutwillig aufs Spiel setzte. Regierungschef Ibarretxe erklärte den „Pakt von Lizarra“ so lange für „beendet“, wie ETA weitermordete; die Zusammenarbeit mit der Separatistenorganisation EH wurde „eingefroren“.

Wie schwierig eine politische Lösung des Baskenproblems ist, lässt sich schon daran erkennen, dass Anfang September 2000 der spanische Regierungschef José María Aznar ein Abkommen zwischen den demokratischen Parteien und dem nationalistischen PNV ausschloss. Seine Begründung lautete, die PNV-Führer hätten „die Seite gewechselt“ und das Lager der Demokraten verlassen; sie seien zum Gegner übergelaufen. Er forderte einen sofortigen Rücktritt der baskischen Regierung oder die Ansetzung von Neuwahlen im Baskenland.

Im September 2000 wurde der zuvor schon erfolgte Bruch zwischen der baskischen Regierungspartei PNV und den Radikalen von EH definitiv besiegelt. Diese politische Formation, die bis dahin die Minderheitsregierung Ibarretxe im baskischen Parlament unterstützt und ihr somit die erforderlichen Mehrheiten verschafft hatte, verließ die Volksvertretung. Damit hatte die Regierung Ibarretxe keine parlamentarische Mehrheit mehr. Konservative und Sozialisten reichten ein Misstrauens-

10 Eine gründliche Analyse der Entwicklung zwischen dem Ende des ETA-Waffenstillstands und dem Bruch des PNV mit der traditionellen Autonomiepolitik liefern Barbería / Unzueta (2003).

11 Vgl. die kritische Analyse des Radikalisierungsprozesses des PNV aus der Feder eines führenden PNV-Mitglieds (Abgeordneter und früherer baskischer Regierungssprecher), Joseba Arregi (2000).

votum gegen den Regierungschef ein, in den Folgemonaten erlitt die Regierung Dutzende von parlamentarischen Niederlagen. Eine sinnvolle Regierungsarbeit war ausgeschlossen, nur Neuwahlen konnten eine Lösung der verfahrenen Situation bringen.

Im Vorfeld der Wahlen vom Mai 2001 näherten sich die beiden nationalistischen Parteien PNV und *Eusko Alkartasuna* (EA) an und schlossen ein Wahlbündnis. (EA hatte sich 1986 unter der Leitung des früheren baskischen Regierungschefs Carlos Garaikoetxea vom PNV getrennt; seither waren die beiden Parteien erbitterte Rivalen im Kampf um die Gunst der nationalistischen Wähler gewesen.) Das PNV/EA-Programm für die Wahl von 2001 setzte sich für eine Überwindung des juristischen Rahmens ein, der durch das Autonomiestatut von Gernika und die spanische Verfassung vorgegeben ist. Das Mittel dieser Überwindung sollte stets der Dialog unter Berücksichtigung der Pluralität der baskischen Gesellschaft sein. In das Wahlprogramm wurde auch der Kampf um die Souveränität des Baskenlandes und das Selbstbestimmungsrecht des baskischen Volkes aufgenommen.¹² Der Hinweis auf die Verbindlichkeit des "baskischen Entscheidungsraums" ließ deutlich werden, dass über die Zukunft des Baskenlandes nur baskische Bürger, nicht aber die Madrider Regierung zu entscheiden hätten. (Einer repräsentativen Umfrage vom März 2001 zufolge vertraten 61% der Basken die Auffassung, das Selbstbestimmungsrecht müsse ihnen zuerkannt werden.) Zugleich ließ Ibarretxe, der PNV/EA-Kandidat für das Amt des baskischen Regierungschefs war, eine gemäßigte Haltung erkennen. Als "politische Achse" des Wahlprogramms definierte er den Respekt gegenüber dem Leben und den Menschenrechten, den momentan bestehenden Institutionen und dem Willen der baskischen Gesellschaft sowie die Notwendigkeit eines umfassenden Dialogs.

Im Vorfeld der Wahlen vom 13. Mai 2001 kam es zu einer klaren Polarisierung der politischen Optionen. Die "gesamtstaatlichen" Parteien PP und PSE, die sich bald "Verfassungsparteien" nannten und für eine Beibehaltung der autonomen Institutionen sowie des "Statuts von Gernika" aussprachen¹³, standen gegen das nationa-

12 Hinsichtlich der Souveränitäts- und Unabhängigkeitsforderungen geht EA zumeist radikaler als der Koalitionspartner PNV vor. EA legte sich in seinem Wahlprogramm mit dem Titel *Hacia un nuevo marco político para Euskal Herria* auf einen Stufenplan fest, der vom "Ende" des Autonomiestatuts ausging, einzelne Zwischenschritte vorsah und im Jahr 2008 in die "Souveränitätserklärung" des Baskenlandes münden sollte. 2004 sollte bereits die faktische Anerkennung des baskischen Selbstbestimmungsrechts durch nationale und internationale Gremien erreicht sein.

13 Im Dezember 2000 unterschrieben PP und PSOE ein "Abkommen für die Freiheiten und gegen den Terrorismus"; die baskischen Nationalisten blieben von dieser Vereinbarung mit der Begründung ausgeschlossen, dass sie nicht bereit waren, ihre politischen Beziehungen zu den Radikalen von EH abzubauen. Allerdings lässt sich der Pakt als ein eindeutiges Kampfabkommen gegen den PNV

listische Lager, das sich aus PNV, EA und EH zusammensetzte und für eine Überwindung des geltenden Autonomierahmens plädierte. Die Regierungspartei PNV trat daher mit einer eher ambivalenten Botschaft auf. Ihr radikalerer Flügel um Parteichef Xabier Arzalluz und Parteisprecher Joseba Egibar verfocht nachdrücklich die Unabhängigkeits- und Souveränitätslinie; der gemäßigte Flügel um den früheren Regierungschef José Antonio Ardanza und den jetzigen *lehendakari* Juan José Ibarretxe betonte stärker die Abgrenzung zu den Radikalen, die Verfassungsmäßigkeit bestehender Institutionen und den Respekt vor der Pluralität der baskischen Gesellschaft. Im Wahlkampf machte Ibarretxe außerdem deutlich, dass er seine zukünftige Regierung in keinem Fall, wie in der vorhergegangenen Legislaturperiode, von den Stimmen der Radikalen abhängig machen werde.

Alle Prognosen deuteten auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden "Blöcke" hin. Der Wahlkampf war von der Hoffnung der einen und der Befürchtung der anderen Seite erfüllt, dass zum ersten Mal in der Geschichte die realistische Möglichkeit bestand, die Nationalisten aus der baskischen Regierung zu verdrängen und durch gesamtstaatlich orientierte Parteien zu ersetzen. Und da die Nationalisten von PNV/EA ihre auf Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts abzielende Linie betonten, wurde von vielen Medien und Beobachtern die Alternative, um die es ging, gröblich verkürzt als Verbleib im spanischen Staatsverband *versus* Kampf für Unabhängigkeit und Souveränität dargestellt. Anders ausgedrückt: PNV/EA betrachteten das Autonomiestatut als Ausgangspunkt für weitergehende Forderungen mit dem Endziel der Unabhängigkeit, PP und PSE sahen in ihm die Grundlage für politisches Handeln im Rahmen der geltenden Verfassung.

Die Wahlergebnisse¹⁴ überraschten die meisten, selbst die Sieger. Bei einer einmalig hohen Wahlbeteiligung von knapp 80% erhielt die nationalistische Wahlkoalition PNV/EA 42,7% der Stimmen (33 Sitze), während die Konservativen von PP/UA (*Partido Popular/Unión Alaresa*) auf 23% (19 Sitze) und die Sozialisten (PSE-EE, *Partido Socialista de Euskadi-Euskadiko Ezkerra*) auf 17,8% (13 Sitze) kamen. Genauso sensationell wie der Aufstieg der Nationalisten war der drastische Rückgang der Radikalen von EH auf 10,1% (7 Sitze); die Kommunisten (IU-EB, *Izquierda Unida-Ezker Batua*) konnten sich leicht auf 5,5% (3 Sitze) verbessern (vgl. die Tabelle "Wahlen im Baskenland").

Das Wahlergebnis machte sämtliche Spekulationen der vorhergehenden Wochen und Monate zunichte. Im nationalistischen Lager herrschte sehr schnell Einverneh-

deuten, der in der Präambel so scharf angegriffen wird, dass seine Einbeziehung von vornherein ausgeschlossen war.

14 Zu den Wahlergebnissen vgl. *El País* vom 14.5.2001.

men darüber, dass der Wahlsieg im Wesentlichen auf die gemäßigte Haltung Ibarretxes zurückzuführen war, dem es offensichtlich gelungen war, über 80.000 Stimmen in sein Lager herüberzuholen. Ihm wurde zugetraut, eine stabile Regierung zu bilden, auch wenn seine Parteienkoalition über keine Mehrheit im baskischen Parlament verfügte. Der deutliche Stimmenrückgang der Radikalen wurde als gemeinsamer Sieg aller Demokraten gefeiert. Die "gesamtstaatlichen" Parteien der Konservativen und Sozialisten mussten zur Kenntnis nehmen, dass ihr politisches Projekt im Baskenland nicht mehrheitsfähig war, dass die vor allem vom PP verfochtene Konfrontationstaktik nicht aufging. Die Basken wollten sich nicht in "Nationalisten" und "Konstitutionalisten" aufspalten lassen. Auf der Suche nach Frieden konnte auf den PNV nicht verzichtet werden.

Allerdings gibt es auch eine andere Interpretation der Wahlergebnisse. Teilt man die Wähler in nationalistische und nicht-nationalistische ein, so ist festzustellen, dass das nicht-nationalistische Lager seine Stimmenzahl absolut um rund 95.000 und relativ von 44,6% auf 46,6% erhöhen konnte, während die Nationalisten ihren Stimmenanteil in absoluten Zahlen nur um rund 59.000 erhöhen konnten, relativ sogar von 54,6% auf 52,7% zurückfielen. Die Schere zwischen nationalistischen und nicht-nationalistischen Parteien, die sich schon seit Beginn der 90er Jahre zu schließen begonnen hatte, ist damit abermals enger geworden. Das Wahlergebnis lässt somit auch deutlich werden, dass das Baskenland eine Gesellschaft aufweist, die hinsichtlich der Nationalismusfrage gespalten ist. Auf der Suche nach einer Friedenslösung wird dieser Befund zu berücksichtigen sein (vgl. das Schema "Entwicklung der politischen 'Lager' bei den baskischen Autonomiewahlen 1980–2005").

Die ersten Reaktionen auf das für den PNV beste Wahlergebnis seiner Geschichte gaben zu Hoffnung Anlass. Ibarretxe distanzierte sich von den Radikalen, mit denen er jegliche Zusammenarbeit ausschloss, solange sie den Terrorismus von ETA nicht verurteilten. Demgegenüber fanden vorsichtige Annäherungsschritte von Seiten aller demokratischen Parteien statt. Schnell herrschte Einvernehmen darüber, dass im Kampf gegen den Terror die demokratischen Parteien zusammenstehen müssten. Der "Pakt von Lizarra" wurde als "überwunden" bezeichnet.

8. Der politische und juristische Kampf gegen das terroristische Umfeld

Die Wahlen vom Mai 2001 trugen nicht zur Lösung des Baskenproblems bei. Die Gesellschaft von *Euskadi* blieb gespalten, ETA mordete weiter, die Beziehungen zwischen der baskischen und der Madrider Zentralregierung wurden zusehends konfliktiver. Hohe baskische Regierungsvertreter vertraten außerdem die Meinung, ETA verwirkliche seit dem Ende des Waffenstillstands eine (schon 1995 beschlosse-

ne) neue Strategie: Es gehe nunmehr um eine "Sozialisierung des Konflikts". Die Formel besagt, dass nicht nur die direkten Vertreter der spanischen "Besatzungsmacht" (Militärs, Polizisten, hohe Politiker), sondern alle Vertreter des "Systems" bedroht seien. Zu den ETA-Opfern gehörten daher in den letzten Jahren vermehrt einfache Gemeinderäte, vor allem des PP und des PSE, Journalisten und Richter.

Der drastische Rückgang von *Batasuna*-Wählern – *Batasuna* (Einheit) ist seit 2001 die neue Nachfolgeorganisation von *Herri Batasuna* – führte in dieser Partei zu internen Spannungen. Während nunmehr ein Flügel aus taktischen Gründen den demokratischen Weg favorisierte, widersetzte sich ein anderer dieser friedlichen Option, da klar war, dass es in der baskischen Bevölkerung für die ETA-Ziele und ihre Methoden keine Mehrheit gab. Im Juni 2001 spaltete sich von *Batasuna* ein kritischer Flügel ab, der sich *Aralar* nannte und Ende des Jahres seine Absicht bekanntgab, eine eigene Partei zu bilden. Der neuen Organisation gehören so bedeutende Politiker wie der Mitbegründer von *Herri Batasuna*, Patxi Zabaleta, und der ETA-Gründer Julen Madariaga an. *Aralar* verfolgt das Ziel, Veränderungen im Baskenland ausschließlich über "politische Aktionen" zu erreichen und ETA zu einem neuen Waffenstillstand zu bewegen.

Ab Februar 2002 wurde die Situation für *Batasuna* politisch und juristisch zusehends schwieriger, da sämtliche Parteien des Baskenlandes beschlossen, die radikale Partei zu isolieren. Selbst *Batasuna*-Bürgermeister – gerade solche in Hochburgen der radikalen Nationalisten wie Tolosa, Andoain, Villabona, Hernani, Oiartzun – weigerten sich, bei den Lokalwahlen von 2003 erneut anzutreten, wenn ETA weiter mordete. Gleichzeitig trieben PP und PSOE die Ausarbeitung eines Gesetzes voran, das eine Illegalisierung von *Batasuna* ermöglichen sollte. Anfang Juni 2002 verabschiedete das spanische Parlament schließlich mit überwältigender Mehrheit ein Parteiengesetz, das ein Verbot von Parteien vorsieht, die Gewalt und Terrorismus direkt oder indirekt unterstützen. Als Verbotgründe gelten zudem alle Behinderungen demokratischer Grundrechte oder deren Missbrauch zugunsten terroristischer Gruppen. Auf die Partei *Batasuna* zugeschnitten ist auch das mögliche Verbot einer Partei, die in ihren Reihen Personen duldet, die wegen Terrorismus verurteilt wurden und diesem nicht abgeschworen haben.

Wahlen im Baskenland
Wahlergebnisse:

	1980			1984			1986			1990			1994			1998			2001			2005					
	Size	Stimmen	%	Size	Stimmen	%	Size	Stimmen	%	Size	Stimmen	%	Size	Stimmen	%	Size	Stimmen	%	Size	Stimmen	%	Size	Stimmen	%			
PNV	25	349.102	38,1	PNV	32	451.178	42,0	17	271.208	23,7	22	289.701	28,4	22	304.346	29,8	21	350.322	28,0	PNV/EA	33	596.152	42,6	PNV/EA	29	455.624	38,6
AP	2	43.751	4,7	PP	7	100.581	9,3	2	55.606	4,8	6	83.719	8,2	11	146.960	14,4	16	251.743	20,1	PP/UA	19	322.831	23,1	PSE-EE	18	268.086	22,7
PSE-EE	9	130.221	14,2	PSE-EE	19	247.786	23,0	19	252.233	22,0	16	202.736	19,9	12	174.682	17,1	14	220.052	17,6	PSE-EE	13	250.086	17,9	PP	15	204.810	17,3
HB	11	151.636	16,5	EH(HB)	11	157.389	14,6	13	199.900	17,4	13	186.410	18,3	11	166.147	16,2	14	224.001	17,9	EH	7	141.723	10,1	EHAK	9	147.265	12,4
PCE	1	36.845	4,0	IULEB	-	-	-	0	6.750	0,5	-	14.440	1,4	6	93.291	9,1	2	71.064	5,6	IULEB	3	78.175	5,6	IULEB	3	63.862	5,4
				EA	-	-	-	13	181.175	15,8	9	115.703	11,3	8	105.136	10,3	6	108.635	8,6								
EE	6	89.953	9,8	UA	-	-	-	-	-	-	3	14.351	1,4	5	27.797	2,7	2	15.738	1,2								
				EE	6	86.671	7,9	9	124.423	10,8	6	79.105	7,7														
UCD	6	78.095	8,5	ODS				2	40.445	3,5																	

- AP: Alianza Popular

CDS: Centro Democrático y Social

EA: Eusko Alkartasuna

EE: Euskadiko Ezkerra

EH: Euskal Herriarrok

EHAK: Euskal Herrialdeetako Albedri Komunistak

HB: Herri Batasuna

IU: Izquierda Unida
- PCE: Partido Comunista de España

PNV: Partido Nacionalista Vasco

PP: Partido Popular

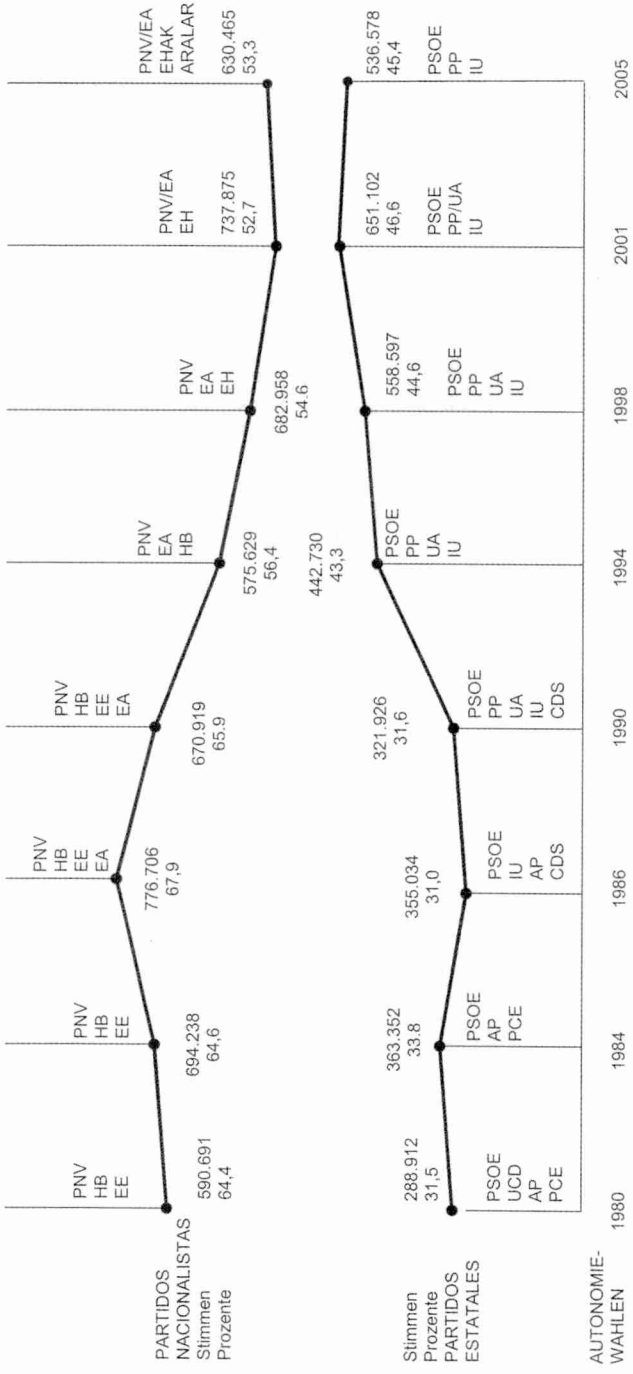
PSE-EE: Partido Socialista de Euskadi - Euskadiko Ezkerra

PSOE: Partido Socialista Obrero Español

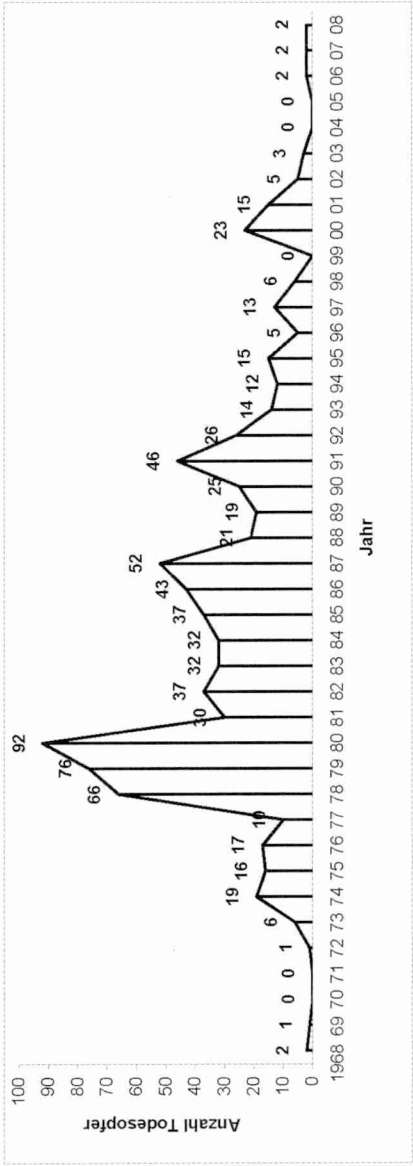
UA: Unión Alavesa

UCD: Unión de Centro Democrático

Entwicklung der politischen "Lager" bei den baskischen Autonomiewahlen 1980-2005



Todesopfer von ETA (1968-2008)



Todesopfer insgesamt: 823

Über die Opportunität eines *Batasuna*-Verbots herrschten in der spanischen Öffentlichkeit unterschiedliche Meinungen. In Gesamtspanien hießen 75% die Illegalisierung von *Batasuna* gut, im Baskenland allerdings nur 32%. Der PNV warnte vor einer Radikalisierung der militanten Nationalisten; einige Sozialisten verwiesen darauf, dass *Batasuna* durch ein Verbot in den Untergrund gedrängt würde; die baskischen Bischöfe sprachen sich gegen ein Parteiverbot aus. Einige Paragraphen des neuen Gesetzes sind außerdem verfassungsrechtlich umstritten, etwa die Bestimmung, dass (legale) Parteien verpflichtet seien, Terrormaßnahmen ausdrücklich zu verurteilen, und systematisches Schweigen schon als Rechtfertigung des Terrorismus gedeutet werden und zu einem Parteiverbot führen kann.

Noch bevor der förmliche Antrag auf Illegalisierung von *Batasuna* gestellt wurde, beschlagnahmte im Juli der Madrider Ermittlungsrichter Baltasar Garzón das Vermögen der Separatistenpartei, die für die Sachschäden, welche militante ETA-Anhänger angerichtet hatten, mitverantwortlich gemacht wurde. *Batasuna* wurde zu einem Schadenersatz in Höhe von 18 Millionen Euro verurteilt. Wenige Wochen später, im August 2002, wurden die Aktivitäten gegen *Batasuna* sowohl auf straf- als auch auf verwaltungsrechtlicher Ebene intensiviert. Ende des Monats beauftragte das spanische Parlament die Regierung, beim Obersten Gerichtshof das Verbot von *Batasuna* wegen stillschweigender Duldung des Terrorismus zu beantragen. Nur Stunden vor dem Parlamentsbeschluss teilte Richter Garzón mit, die Büros von *Batasuna* würden für drei Jahre geschlossen, der Partei würden für diesen Zeitraum alle politischen Aktivitäten verboten und das Parteivermögen würde eingezogen. Ferner durfte die Partei keine öffentlichen Demonstrationen mehr veranstalten; bei den Kommunalwahlen im März 2003 durfte sie nicht unter ihrem Namen antreten. Die straf- und verwaltungsrechtlichen Schritte wurden als "komplementär" bezeichnet. Richter Garzón ging es wohl auch darum zu zeigen, dass es zu einem Verbot von *Batasuna* des neuen Parteiengesetzes nicht bedurfte, da das Strafrecht über ausreichende Instrumente verfügt. In der Urteilsbegründung des Richters hieß es, *Batasuna* sei lediglich ein Befehlsempfänger der Terrororganisation ETA. Er hielt der Partei vor, sie betreibe "ethnische Säuberung" mit dem Ziel, all diejenigen, die ihre Vorstellungen nicht teilten, zum Verlassen des Baskenlandes zu zwingen; dabei handle es sich um "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

Um ihre Arbeit als Parlamentsfraktion und in den Gemeinden fortsetzen zu können, änderte *Batasuna* schon vor dem Verbot der Parteiaktivitäten durch Garzón ihren Namen. Im baskischen Parlament nennen sich die Abgeordneten von *Batasuna* nun "Sozialistische Patrioten" (*Sozialista Abertzaleak*, SA), in einigen Gemeinden gaben sie sich andere Namen. Die neun Parlamentsabgeordneten, die 62 Bür-

germeister und die fast 900 Stadträte der Partei blieben von dem einstweiligen Verbot vorerst verschont.

Im September forderte Garzón sodann die baskische Regierung auf, *Batasuna* im Parlament von Vitoria den Fraktionsstatus, mit dem Privilegien und Subventionen verbunden sind, abzuerkennen. Die Regierung Ibarretxe, die gegen ein *Batasuna*-Verbot votiert hatte – zur Schließung von *Batasuna*-Lokalen aber die baskische Polizei *Ertzaintza* einsetzte –, weigerte sich, dieser Aufforderung Folge zu leisten; vielmehr kündigte sie eine Klage gegen Garzón vor dem Obersten Gericht Spaniens wegen "Rechtsbeugung" und unzulässiger Einmischung in innere Angelegenheiten des Baskenlandes an. Im Parlament von Navarra wurde hingegen die Parlamentsfraktion von *Batasuna* aufgelöst. Im Oktober bestätigte das Oberste Gericht die Rechtmäßigkeit der vorläufigen *Batasuna*-Suspendierung. Der Präsident des baskischen Parlaments, Juan María Atutxa (PNV), löste allerdings (trotz richterlicher Aufforderung) die *Batasuna*-Fraktion im Parlament von Vitoria nicht auf.

Ein halbes Jahr später, am 17. März 2003, erklärte das Oberste Gericht Spaniens *Batasuna* endgültig für illegal; die Separatistenpartei musste sich auflösen. Im April ordnete das Gericht die Auflösung der parlamentarischen *Batasuna*-Gruppen im Baskenland an, ließ allerdings offen, ob die Anordnung auch auf *Sozialista Abertzaleak* zutraf (diese Bezeichnung hatte *Batasuna* schon kurz vor ihrer erwarteten Illegalisierung angenommen). Sämtliche Konten und Guthaben von *Batasuna* wurden beschlagnahmt; die Mittel sollten den Opfern des Terrorismus zugutekommen. Am 21. Mai ordnete das Oberste Gericht schließlich die Auflösung der Parlamentsfraktion von *Sozialista Abertzaleak* an; die Umsetzung der Anordnung oblag dem Vorsitzenden des baskischen Parlaments, Juan María Atutxa. Der PNV gab sofort bekannt, dass er sich einer Auflösung der separatistischen Parlamentsfraktion widersetze, da der Richterspruch in unzulässiger Weise in Parlamentskompetenzen eingriff. Über die Frage der Auflösung der Parlamentsfraktion kam es in den Folgemonaten zu einem schweren institutionellen Konflikt zwischen Madrid und dem Baskenland. Schließlich richtete das Oberste Gericht ein Ultimatum an das baskische Parlament: Entweder löste es sofort die Parlamentsfraktion von *Sozialista Abertzaleak* auf oder das Parlamentspräsidium sähe sich einer strafrechtlichen Klage wegen Ungehorsams gegenüber einer höchstrichterlichen Verfügung ausgesetzt. Parlamentspräsident Atutxa lenkte daraufhin ein und schlug vor, die früheren *Batasuna*-Abgeordneten in die "gemischte Fraktion" zu überführen. Die Sprecher der Parteien, welche die Regierungskoalition bildeten, und der betroffenen Separatistenfraktion widersetzten sich jedoch diesem Vorschlag und vereitelten diese Lösung. Die Madrider Regierung sprach daraufhin vom gravierendsten institutionellen Konflikt, seit Spanien zur Demokratie zurückgekehrt war, und von einer kla-

ren Herausforderung des Rechtsstaats; der PNV wiederum bezeichnete das Vorgehen des Obersten Gerichts als juristischen und politischen "Staatsstreich" gegen das Baskenland.

Die von Garzón verfügte Suspendierung der *Batasuna*-Aktivitäten für vorerst drei Jahre ist lediglich ein weiterer Schritt im Kampf dieses Richters gegen das Umfeld von ETA. 1996 hatte er bereits begonnen, gegen das Konglomerat von Organisationen im Dunstkreis des separatistischen baskischen Terrors zu ermitteln. Anlass war ein Propaganda-Video mit verummten ETA-Mitgliedern gewesen, das die damals noch *Herri Batasuna* genannte Partei in der ihr gesetzlich zustehenden Sendezeit im Wahlkampf von den Fernsehstationen ausstrahlen lassen wollte. Zuerst erreichte Garzón ein Verbot der ETA-freundlichen Tageszeitung *Egin*, der er finanzielle Verflechtungen mit ETA nachweisen konnte, sodann der Jugendorganisation *Jarrai*, die für die Straßenunruhen verantwortlich war und als Rekrutierungsbasis für neue ETA-Aktivisten galt. Im Dezember 2001 verbot er die Komitees zur Unterstützung der ETA-Häftlinge *Gestoras pro Amnistía*; die Begründung lautete, sie bildeten einen "integrierenden Teil des terroristischen Geflechts" und machten ETA auf potentielle Opfer unter den Gefängnisangestellten und Justizbeamten aufmerksam. Nahezu gleichzeitig nahm die EU die Organisationen KAS, *Xaki*, *Ekin*, *Jarrai*, *Hai-ka*, *Segi* und *Gestoras pro Amnistía* in die Liste der terroristischen Gruppen auf, da sie "Teil von ETA" seien (vgl. das Schema "Vernetzung von ETA in der baskischen Gesellschaft"). Die Partei *Batasuna* wurde jedoch, trotz des Drucks der spanischen Regierung, (noch) nicht als terroristische Organisation betrachtet. Anfang Mai 2003 nahmen dann auf Betreiben der spanischen Regierung die USA *Batasuna* in die Liste terroristischer Vereinigungen auf, Anfang Juni 2003 tat die Europäische Union dasselbe.

Während der Kampf gegen *Batasuna* und ETA auf der juristischen und der politischen Ebene anhielt, intensivierte die Regierung Ibarretxe ihren Souveränitäts- und Unabhängigkeitskurs. Ihr geht es inzwischen um eine grundsätzliche Neuregelung der Beziehungen zwischen dem Baskenland und Spanien. Im PNV herrscht die Überzeugung vor, dass der historische Moment einer Selbstbestimmung des Baskenlandes gekommen sei. Um diese Haltung mehrheitsfähig zu machen, versuchten die Nationalisten, die Sozialisten auf ihre Seite zu ziehen und vom konservativen PP zu lösen. Dieser Versuch war zwar letztlich nicht erfolgreich, führte aber vorübergehend zu gravierenden Meinungsverschiedenheiten im baskischen Sozialismus, zu einer Krise des PSE und zu einer Änderung des Führungspersonals. Die baskischen Sozialisten lehnen eine Zusammenarbeit mit dem PNV so lange ab, wie die Nationalisten an ihrem Souveränitäts- und Selbständigkeitskurs festhalten.

Die Jahre 2001 und 2002 lieferten der baskischen Regierung zwei günstige Gelegenheiten, um ihre härtere Gangart gegenüber Madrid unter Beweis zu stellen. Ende 2001 lief das zwischen dem spanischen Staat und der baskischen Regierung Anfang der 80er Jahre für die Dauer von 20 Jahren festgeschriebene Finanzmodell des Baskenlandes aus. Bei der Neuverhandlung des "Wirtschaftskonzerts" (*concierto económico*) kam es über der Frage der Beteiligung des Baskenlandes an den EU-Gremien zu wochenlangen harten Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Zentralregierung und den Repräsentanten des Baskenlandes, die für ihre Region das Recht reklamierten, mit eigener Stimme an den Ratssitzungen der EU-Wirtschaftsminister teilnehmen zu dürfen, wenn dort Finanz- und Steuerfragen diskutiert werden, die auch das Baskenland betreffen. Die Zentralregierung wies dieses Ansinnen als "mit dem demokratischen System unvereinbar" zurück. Der Graben zwischen der Madrider PP-Regierung und der PNV-Regierung des Baskenlandes wurde immer tiefer. Während die Regierung Aznar in dem baskischen Ansinnen einen Versuch erblickte, die Selbständigkeitsbestrebungen des Baskenlandes voranzutreiben, deutete der PNV die PP-Haltung als Absicht, das Baskenland wirtschaftlich auszubluten und die Nationalisten zu neutralisieren. Das "Wirtschaftskonzert" konnte erst im Februar 2002 verlängert werden, nachdem der baskische Regierungschef Ibarretxe seine Forderung bezüglich der baskischen EU-Vertretung hatte fallen lassen.

Allerdings wurde sofort eine neue Kampffront eröffnet. Bei dieser abermaligen Auseinandersetzung ging es um die noch nicht von der Zentral- auf die baskische Regierung übertragenen Kompetenzen in verschiedenen Bereichen. Im Juli 2002 kündigte Ibarretxe an, dass diese Kompetenzübertragung zur "Vollendung des Statuts" innerhalb von zwei Monaten abgeschlossen sein müsse; andernfalls würde die baskische Regierung das Autonomiestatut für "gebrochen" erklären und einseitig die ausstehenden Kompetenzen übernehmen. In jedem Fall gehe ihr Bestreben dahin, den bisherigen Rahmen des Autonomiestatuts zu sprengen und einen "Souveränitätsprozess" einzuleiten.

Die Haltung der baskischen Regierung wurde von den Konservativen und den Sozialisten als "äußerst schwerwiegende Aggression" gegen das friedliche Zusammenleben der Basken interpretiert. Die Regierung Aznar gab unmissverständlich zu verstehen, dass sie eine einseitige Kompetenzerweiterung der baskischen Regierung nicht zulassen werde. Die baskische Regierung nahm daraufhin zwar ihre Drohung einer einseitigen Übernahme weiterer Kompetenzen zurück, verkündete aber gleichzeitig den Beginn eines Reformprogramms, das zu einer grundlegenden Neufassung des Autonomiestatuts führen und den Grad an "Selbstregierung" klären sollte, über den das Baskenland verfügt.

PNV-Parteichef Xabier Arzalluz verkündete lauthals, der Augenblick sei gekommen, sich für die Unabhängigkeit des Baskenlandes zu mobilisieren; die Abtrennung von Spanien sei in drei oder vier Legislaturperioden zu erreichen. Kurze Zeit danach erklärte das baskische Parlament (bei Gegenstimmen der Konservativen und der Sozialisten) das Autonomiestatut von 1979 für “beendet”; Regierungschef Ibarretxe kündigte eine Reform der rechtlichen Grundlagen an, die die Beziehungen des Baskenlandes zu Spanien definieren.

9. Freistaats- und Selbstbestimmungspläne

Im September 2002 verkündete Ibarretxe seinen Plan, den er eine “Initiative für das Zusammenleben” nannte und der für das Baskenland den Status “freier Assoziierung” an Spanien vorsah. Der Ibarretxe-Plan erstrebte eine autonome Judikative als letztinstanzliche Rechtsprechungsebene für das Baskenland; ausschließliche Kompetenzen der baskischen Regierung sollten die Wirtschaftspolitik, das Steuer- und Abgabensystem, Bildung und Erziehung, die öffentliche Sicherheit und die Lokalverwaltung sein. Außerdem würde das Baskenland institutionelle Verbindungen mit Navarra und den in Frankreich gelegenen baskischen Provinzen aufnehmen können. Schließlich sollte es der baskischen Regierung zustehen, internationale Verträge zu schließen und in den EU-Gremien vertreten zu sein. Das Baskenland wurde als “assoziierte Nation” in Europa definiert, die auf baskischem Territorium eigenständig Volksbefragungen durchführen könne. Ein Referendum im Baskenland sollte den Plan demokratisch legitimieren; die Volksbefragung sollte allerdings erst stattfinden, wenn Bedingungen “vollständiger Freiheit” herrschten, d.h. nachdem ETA ihre Terroraktivitäten eingestellt hätte. Ibarretxe bezeichnete als eigentlichen Zweck seines Vorschlags, “die Gewalt von ETA zu eliminieren”. Der Grundgedanke besagte, dass ein Ende der Gewalt dann erzielt würde, wenn das Niveau der Selbstregierung deutlich angehoben würde und für die Radikalen somit kein Grund für weitere Gewaltanwendung bestünde.

Der verfassungsrechtlich bedenklichste Teil des Ibarretxe-Plans bestand im baskischen Selbstbestimmungsanspruch. Das baskische Volk – so hieß es im Plan – “ist kein untergeordneter Teil des Staates”; es verfüge vielmehr über eine “originäre Souveränität” und “das Recht, befragt zu werden, um in Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht über seine eigene Zukunft zu entscheiden”. Die Verfassung von 1978 übertrug die Souveränität aber dem “spanischen Volk”; außerdem proklamierte sie die “unauflösliche Einheit der spanischen Nation”, so dass Verfassungsrechtler den Ibarretxe-Plan für unvereinbar mit der spanischen Verfassung hielten (Baeza 2005a).

Der Ibarretxe-Plan wurde schnell Gegenstand heftiger Polemik. Während die baskischen Regierungsparteien ihn guthießen, wurde er von den Unternehmern der Region und der Europäischen Kommission mit dem Argument abgelehnt, der EU-Vertrag sehe den Status eines "Assoziierten Freistaats" nicht vor. Auch die spanische Regierung, der PSOE und die inzwischen suspendierte Unabhängigkeitspartei *Batasuna* sprachen sich gegen den Plan aus. Verfassungs- und Verwaltungsrechtler betonten, dass die Umsetzung des Plans eine grundlegende Änderung der spanischen Verfassung voraussetze. Die baskische Unternehmervereinigung *Confebask* (*Confederación Empresarial Vasca*), die rund 13.000 Unternehmen vertritt, wies auf die Gefahren einer weiteren gesellschaftlichen Spaltung und auf die Probleme hin, die bei der Umsetzung des Plans im ökonomischen und sozialen Bereich auf das Baskenland zukommen würden. Fachleute schätzten, dass die weitgehende Unabhängigkeit des Baskenlandes gegen den Willen Spaniens das Bruttoinlandsprodukt der Region sehr schnell um bis zu 15% schrumpfen lassen würde; hinzu kämen die Abwanderung von Unternehmen und der Rückgang von Investitionen. Schließlich sprachen sich in einer Umfrage 89% der baskischen Bevölkerung dafür aus, über die Souveränitätspläne ihrer Regierung erst nach der endgültigen Einstellung des Terrors abstimmen zu lassen; im gesamtspanischen Maßstab lehnten 44,5% der Bevölkerung den Ibarretxe-Plan schlichtweg ab. ETA wiederum, die zuerst den Plan als Augenwischerei abgelehnt hatte, stimmte im Mai 2003 einer Volksbefragung zu; diese taktische Kehrtwende wurde von der Madrider Regierung als "Falle" und "Manöver" bezeichnet.

Das erste Halbjahr 2003 brachte eine weitere Zuspitzung der Situation. Im März wurde eine Nachfolgeorganisation der verbotenen Partei *Batasuna* gegründet: die "Plattform für die Selbstbestimmung" (*Autodeterminaziorako Bilgunea*, AuB), deren Hauptziel die Unabhängigkeit des Baskenlandes vom "faschistischen spanischen Staat" ist. PNV-Vorsitzender Xabier Arzalluz erklärte am *Aberri Eguna* ("Tag des Baskischen Vaterlandes") im Frühjahr 2003, die Basken befänden sich "fast im Kriegszustand mit Madrid"; im Vorfeld der Kommunalwahlen vom 25. Mai wurde auf beiden Seiten der Ton erheblich verschärft. Regierungschef Ibarretxe bekräftigte seine Absicht, im September 2003 dem baskischen Parlament seine Pläne für einen mit Spanien assoziierten baskischen "Freistaat" vorzulegen und danach – zu einem noch nicht genannten Zeitpunkt – "im Rahmen der Legalität" ein Referendum abzuhalten. ETA kritisierte wiederholt den ihr zu kompromissbereiten Ibarretxe-Plan als "Hindernis" und "Bremse für die Unabhängigkeit".

Im Februar 2003 verbot ein Madrider Ermittlungsrichter die baskische Zeitung *Euskaldunon Egunkaria* wegen angeblicher Zusammenarbeit mit ETA und nahm zehn leitende Mitarbeiter fest. Das 1990 gegründete Organ war die einzige aus-

schließlich auf Baskisch erscheinende Tageszeitung mit einer geschätzten Auflage von 16.000 Exemplaren; sie wurde massiv von der baskischen Regierung unterstützt, die das Verbot sofort als "einen Angriff auf die baskische Sprache, auf die Meinungsfreiheit und auf die baskische Gesellschaft" bezeichnete und die Wiederzulassung der Zeitung forderte. Das Klima des Misstrauens und der gegenseitigen Beleidigungen verschärfte sich abermals. Blitzschnell wurde mit *Egunero* ein Nachfolgeblatt produziert, das seine Auflage auf 75.000 Exemplare verfünffachen konnte. Im Juni 2003 erschien dann *Berria*, der definitive Ersatz für *Euskaldunon Egunkaria*.

In Anbetracht der angespannten politischen Situation wurden die baskischen Kommunalwahlen vom 25. Mai 2003 mit besonderer Spannung erwartet. Von vielen wurden diese Kommunalwahlen als "erste freie Wahlen im Baskenland" überhaupt bezeichnet, weil zum ersten Mal der "verlängerte Arm von ETA" – unter welcher Bezeichnung auch immer – nicht teilnehmen durfte. Angetreten waren rund 1.500 Kandidaten der illegalisierten Parteien *Euskal Herriarrok* und *Batasuna* auf 249 "unabhängigen" Listen, d.h. unter anderen Bezeichnungen. Das Oberste Gericht annullierte 241 dieser Listen, einschließlich der erst kurz zuvor als *Batasuna*-Nachfolgepartei gegründeten "Plattform für die Selbstbestimmung" (AuB). Im Berufungsverfahren vor dem Verfassungsgericht wurde die Annullierung von 225 Listen bestätigt, da sie angeblich von Tarn- und Deckorganisationen der verbotenen *Batasuna* gebildet waren. Obwohl die Wahlveranstaltungen der AuB verboten worden waren, konnte die Separatistenorganisation während des Wahlkampfs wiederholt Veranstaltungen durchführen.

Wie erwartet, ging der PNV als relativer Sieger aus den Kommunalwahlen hervor, gefolgt vom PP und (an dritter Stelle) vom PSE. Die beiden letzteren Parteien erzielten, zählt man die für sie abgegebenen Stimmen und ihre Stadtratssitze zusammen, die absolute Mehrheit. PP und PSE versprachen sich gegenseitige Unterstützung, um die Nationalisten von den Stadtregierungen und Lokalverwaltungen fernzuhalten. Als Mitte Juni die neugewählten Stadträte zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentraten, kam es zu zahlreichen, von den ausgeschlossenen *Batasuna*-Mitgliedern provozierten Zwischenfällen. Bis 2003 hatte *Batasuna* 43 Stadtverwaltungen angeführt. Durch ihre Illegalisierung erlitt die Separatistenpartei einen erheblichen Verlust an politischer Macht, da ihr die Kontrolle der lokalen Ebene entzogen wurde. In Anbetracht ihrer politischen Ohnmacht riefen die verschiedenen *Batasuna*-Nachfolgeorganisationen ihre Anhänger zur Abgabe ungültiger Stimmen auf. Die schließlich rund 146.000 ungültigen Stimmen galten, allgemeiner Überzeugung zufolge, der verbotenen Partei AuB; diese verhandelte nach den Kommunalwahlen mit der Regierung, um eine "Vertretungsformel" für ihre Organisation zu erreichen. Die Mitglieder der ille-

galisierten Plattform schlossen sich zu einer "Versammlung der Gewählten des Baskenlandes" (*Asamblea de Electos de Euskal Herria*) zusammen, um auf diese Weise ins politische Leben zurückzukehren.

Am 30. Dezember 2004 verabschiedete das baskische Parlament den "Freistaatsplan" Ibarretxes, wobei drei (der verbliebenen sechs) *Batasuna*-Abgeordneten, die ihre Mandate trotz der Illegalisierung ihrer Partei behalten durften, dem Plan über die entscheidende Hürde der absoluten Parlamentsmehrheit verhalfen. Anfang Februar 2005 brachte Ibarretxe seinen "Freistaatsplan" sodann in das spanische Parlament ein; dieses lehnte den Plan erwartungsgemäß mit der überwältigenden Mehrheit der Sozialisten und Konservativen ab. Während der baskische Regierungschef trotzdem ein Referendum über seine Absichten ankündigte, bot Rodríguez Zapatero mit einer einvernehmlichen und verfassungskonformen Reform des Autonomiestatus von Gernika aus dem Jahr 1979 einen Neubeginn an. Unmittelbar nach seiner Niederlage im spanischen Parlament kündigte Ibarretxe für den 17. April vorgezogene Neuwahlen im Baskenland an.

Das Wahlergebnis war überraschend und widersprach allen Vorhersagen: Die seit vier Jahren regierende Koalition aus PNV und zwei kleineren Parteien erhielt keine Mehrheit für eine abermalige Regierungsbildung; im 75-köpfigen baskischen Parlament ging ihre Abgeordnetenzahl von 36 auf 32 zurück. Die beiden nicht-nationalistischen Parteien – Sozialisten und Konservative – erhielten zusammen 33 Sitze. Somit war im Parlament eine Art Pattsituation eingetreten. Die erstmalig antretende radikale "Kommunistische Partei der baskischen Länder" (*Partido Comunista de las Tierras Vascas–Euskal Herrialdeetako Alderdi Komunista*, PCTV–EHAK) kam auf Anhieb auf neun Abgeordnete. Das Ergebnis der baskischen Parlamentswahl und die augenscheinliche Schwäche von ETA ließen in Spanien wieder die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt keimen.

Im Frühjahr 2006 verdichteten sich die Hinweise auf eine bevorstehende Grundsatzerklärung von ETA. Am 22. März war es schließlich so weit: ETA erklärte eine "dauerhafte Waffenruhe", die am 24. März beginnen sollte (Maihold 2006). In einer vom baskischen Fernsehen ausgestrahlten Videoaufzeichnung nannte eine verummte ETA-Sprecherin den Gewaltverzicht einen "Anstoß zu einem demokratischen Prozess". In der Erklärung verlangte die Terrorgruppe eine Anerkennung der Rechte der Basken als "Volk" und eine Garantie dafür, dass im Baskenland "alle politischen Optionen" möglich sein sollten. (Diese Forderung war eine Umschreibung für die Wiederzulassung der verbotenen *Batasuna*-Partei.) Am Abschluss des "demokratischen Prozesses" müsse die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Basken stehen; wörtlich hieß es: "Am Ende dieses Prozesses müssen die baskischen Bürger das Wort haben und über ihre Zukunft entscheiden können." Der spanische

und der französische Staat müssten die Ergebnisse "ohne irgendeine Einschränkung" anerkennen.¹⁵

Die Reaktionen auf die ETA-Ankündigung waren überwiegend von Erleichterung und Zuversicht geprägt. Ministerpräsident Zapatero sprach von einem "langen und schwierigen" Weg, der nun bevorstehe, während Oppositionsführer Rajoy sofort davor warnte, den Terroristen durch Konzessionen bei Verhandlungen einen "politischen Preis" zu bezahlen. Der Regierungschef bot der konservativen Opposition enge Zusammenarbeit bei den bevorstehenden Verhandlungen an. Kommentatoren wiesen darauf hin, dass auch in der Erklärung vom 22. März nicht die Rede von einer ETA-Auflösung oder von einer Ablieferung der Waffen sei; Skepsis bleibe angesagt.

Im Gefolge des Waffenstillstands äußerten sich alle politischen Kräfte zur Zukunft des Baskenlandes. Der PNV-Vorsitzende Josu Jon Imaz trat im Namen seiner Partei wieder für die alte nationalistische Forderung nach "territorialer Einheit der baskischen Nation" (unter Einschluss Navarras und der drei südwestfranzösischen Departements) ein; die Souveränität über dieses "Großbaskenland" könne mit Spanien, Frankreich und Europa "geteilt" werden. Ministerpräsident Zapatero bot zwar der konservativen Opposition ein enges Zusammengehen in allen Fragen der Antiterrorpolitik an; der Oppositionsführer Mariano Rajoy warf dem Ministerpräsidenten jedoch ein "Attentat auf den Rechtsstaat" vor, da er zur Beendigung der Gewalt in einen Dialog mit ETA eintreten wolle und vor einem definitiven Gewaltverzicht Kontakte mit der verbotenen Partei *Batasuna* unterhalte. Damit war der früher zwischen den beiden großen Parteien geschlossene Antiterrorpakt endgültig gebrochen; fortan gab es nur noch Vorwürfe, Misstrauen und ständige Unterstellungen. Vergiftet war das Klima auch zwischen den Opferverbänden. Die Vereinigung der ETA-Opfer (*Asociación de Víctimas del Terrorismo*, AVT) protestierte auf Großkundgebungen, mit Unterstützung der parlamentarischen Opposition, vehement gegen den Regierungskurs. Die Haltung gegenüber ETA spaltete auch den im Baskenland regierenden PNV. Der Parteivorsitzende Imaz plädierte nachdrücklich dafür, jegliche politische Veränderung im Baskenland an ein Ende der Gewalt zu koppeln und stets ein zwischen nationalistischen und nicht-nationalistischen Kräften gemeinsam ausgehandeltes Ziel anzupeilen. Demgegenüber ging der PNV-Vorsitzende von Guipúzcoa, Joseba Egibar, davon aus, dass die (knappe) nationalistische Mehrheit auch für weitreichende politische Initiativen ausreichend wäre und die Souveränität des Baskenlandes auch bei Fortbestehen des ETA-Terrors angestrebt werden sollte.

15 Zum "Mythos" des Selbstbestimmungsrechts vgl. Díaz Herrera 2005; Elorza 2005.

Ende Juni 2006 kündigte Zapatero die Aufnahme direkter Verhandlungen mit ETA an; zugleich stellte er klar, dass seine Regierung "keinen politischen Preis für den Frieden" zahlen und mit ETA keine "politischen Verhandlungen" führen werde. Kernpunkte der Gespräche sollten der endgültige Gewaltverzicht, die Waffen-niederlegung der Terroristen, die Auflösung von ETA und das Schicksal der mehr als 600 in Spanien und Frankreich inhaftierten *etarras* sein. Der von radikalen Nationalisten geforderten Anerkennung eines "Selbstbestimmungsrechts" der Basken und der Einbeziehung der Nachbarregion Navarra in das Baskenland erteilte Zapatero erneut eine Absage. Offensichtlich war keine Annäherung zwischen den Lagern zu registrieren, denn noch im August – vor Beginn der Verhandlungen – ließ ETA als Druckmittel die Straßengewalt jugendlicher Sympathisanten wiederaufleben – es kam immer wieder zu Brandanschlägen auf Busse, Bahnhöfe und Bankautomaten – und brachte damit die spanische Regierung in eine zunehmend schwierige Lage. Auch die Erpressung baskischer Industrieller und der Diebstahl von Waffen wurden fortgesetzt.

Am 30. Dezember 2006 fand der "Waffenstillstand" von ETA ein ebenso überraschendes wie gewaltsames Ende: Eine Bombe explodierte in einem Terminal des Madrider Flughafens und hinterließ zwei Tote und etliche Verletzte. Die spanische Regierung erklärte den "Friedensprozess" für gescheitert und unterbrach sämtliche Gespräche mit der Terrororganisation. *Batasuna* hielt demgegenüber den Prozess für "nicht beendet" und machte für das Attentat Zapatero verantwortlich, der in den vergangenen Monaten seit Ausrufung des Waffenstillstands kein Entgegenkommen gezeigt habe. Und ETA sprach davon, dass der "Waffenstillstand" weiterhin gültig sei, die Regierung nun aber endlich "handeln" müsse.

Vorerst handelte die Justiz. Während in den vorhergehenden Monaten seit Verkündung des Waffenstillstands die Richter bei der Verurteilung politischer Gewalttäter demonstrativ zurückhaltend gewesen waren, wurden noch im Januar 2007 die ETA nahestehenden Jugendorganisationen *Jarraí*, *Haika* und *Segi*, die hinter dem jugendlichen Straßenterror standen, vom Obersten Gerichtshof als "terroristische Organisationen" verboten. Im Juni wurde der Vorsitzende von *Batasuna*, Arnaldo Otegi, "wegen Verherrlichung des Terrorismus" inhaftiert. Anfang Oktober wurde sodann der gesamte *Batasuna*-Vorstand, der die Partei in der Illegalität reorganisiert hatte und als Instrument der Gewaltaktionen von ETA einsetzen wollte, festgenommen. Die Polizeiaktion wurde von *Batasuna* als "Kriegserklärung" bezeichnet. Ende November 2007 schlug die Justiz abermals zu: Sie verhaftete zahlreiche Verdächtige aus dem radikal-nationalistischen Umfeld der Organisationen *Ekin*, KAS und *Xaki*, die als ziviles Netz von ETA gelten. Damit setzte sich der Richter Baltasar Garzón durch, der seit Jahren behauptet hatte, dass das zivile Unterstützernetz von

ETA genauso gefährlich sei wie die militanten “Kommandos” der Terrororganisation. Und schon im Dezember verurteilte der Nationale Gerichtshof die 47 Angeklagten aus dem “Umfeld von ETA” zu hohen Haftstrafen.

Im April 2007 war eine “neue” politische Formation an die Öffentlichkeit getreten, um an den Kommunalwahlen vom Mai 2007 teilnehmen zu können: *Acción Nacionalista Vasca* (ANV, Baskisch-Nationalistische Aktion), die sich schon in den 30er Jahren als linke PNV-Abspaltung konstituiert hatte und später, von 1978 bis 2002, ein Teil von *Herri Batasuna* bzw. *Batasuna* war. Obwohl die illegale Partei *Batasuna* jede Verbindung mit ANV leugnete, wiesen politische Beobachter sofort darauf hin, dass es sich bei der alt-neuen Partei um einen Ersatz für *Batasuna* handelte. Tatsächlich traten dann bei den Kommunalwahlen zwei politische Formationen an (ANV und *Abertzale Sozialisten Batasuna*, ASB), deren rund 1.000 Kandidaten zu einem nicht unerheblichen Teil aus den *Batasuna*-Reihen stammten. Der Oberste Gerichtshof annullierte daraufhin auf Antrag der Regierung 379 Listen der radikal-nationalistischen Linken; nur 123 ANV-Listen blieben bestehen, was für den oppositionellen *Partido Popular* Anlass genug war, um der Regierung abermals vorzuwerfen, sie ermögliche die “Rückkehr” von ETA in die Institutionen von *Euskadi* und Navarra. Vorerst wurde ANV nicht illegalisiert, da die Justizbehörden hierzu keine Handhabe sahen. Bei den Kommunalwahlen vom 27. Mai 2007 eroberte die ANV 25 Bürgermeisterposten und in 15 weiteren Kommunen eine relative Mehrheit. Insgesamt sprach sich *Batasuna* 187.000 Stimmen zu – wobei sie die (wegen ihrer Illegalisierung) “ungültigen” und die ANV-Stimmen zusammenzählte.

Wenige Tage nach den Kommunalwahlen vom 27. Mai 2007 erklärte ETA am 5. Juni den von ihr 15 Monate zuvor ausgerufenen “permanenten Waffenstillstand” für beendet; sie kehre zum bewaffneten Kampf “an allen Fronten” zurück, da der spanische Staat weiterhin die Rechte des Baskenlandes unterdrücke und die Aggressionen gegen “Euskal Herria” zugenommen hätten. Damit endete der (vorerst letzte) Versuch, ein ausgehandeltes Ende der Gewalt zu erreichen. Abermals bewies ETA, dass die Terrororganisation zu keinen Kompromissen bezüglich ihrer maximalistischen Ziele bereit war; und abermals wurde deutlich, dass eine demokratisch gewählte Regierung, deren Handlungsgrundlage die Verfassung sein muss, in den Kernfragen den Separatisten nicht entgegenkommen kann. Nachdem nach Aufkündigung des “Waffenstillstands” durch ETA die Justiz weit härter als zuvor durchgegriffen hatte, wurde Ende 2007 immer deutlicher, dass die Regierung entschlossen war, ANV illegalisieren zu lassen, da in der Zwischenzeit verdeckte Beziehungen zwischen ANV und ETA nachgewiesen worden waren.

Anfang des Jahres 2008 reichten dem Richter Baltasar Garzón die Beweise: Der “Kommunistischen Partei der baskischen Länder” (PCTV) und der “Baskisch-Natio-

nalistischen Aktion" (ANV) wurde vorgeworfen, direkt als "Instrumente von *Batasuna*" und damit indirekt auch als politische Handlanger der Terrororganisation ETA agiert zu haben. Schatzmeister aller drei Gruppen war demnach der *Batasuna*-Führer Joseba Permach. ANV wurde vorgehalten, über Monate hinweg die wichtigsten Propagandaveranstaltungen der illegalisierten Partei *Batasuna* finanziert zu haben. Der ANV-Vorsitzende Kepa Bereziartua wurde des Terrorismus angeklagt, der Partei die Teilnahme an den bevorstehenden Parlamentswahlen untersagt. Sämtliche öffentliche Zuwendungen an die Partei hatten in Zukunft zu unterbleiben – ANV stellt im Baskenland und in Navarra 437 Stadt- und Gemeinderäte –, ihre Büros wurden geschlossen, ihre politischen Aktivitäten für die Dauer von drei Jahren verboten. Das Oberste Gericht weigerte sich allerdings, der (ebenfalls beantragten) Auflösung der Parlamentsfraktion des PCTV zuzustimmen.

Das massive Vorgehen gegen das politische Umfeld von ETA brachte in Spanien einen 2005 begonnenen politischen Zyklus zu Ende, der über zwei Jahre hinweg durch relative Toleranz den extremistischen Parteien des baskischen Nationalismus gegenüber charakterisiert war. In gewisser Weise handelte es sich um eine Rückkehr zu einer Politik der harten Hand, wie sie in der vorhergehenden Legislaturperiode praktiziert worden war, nachdem Zapatero hatte feststellen müssen, dass das Ausbleiben von Attentaten während der vergangenen zwei Jahre und einige ambivalente Botschaften von *ETA-Batasuna* keineswegs die Bereitschaft der Extremisten bedeuteten, über ihre Auflösung zu verhandeln (Däumer / Grundberger / Jenninger 2008).

Zur juristischen und politischen Bekämpfung des ETA-Umfeldes kommt die polizeiliche Verfolgung der Terrororganisation. Seit Frankreich ETA konsequent verfolgt, wurden deren Schwächen struktureller Art. Die Terrororganisation hält zwar bisher durch, da sie auf mittelfristige Regeneration hofft. Diese Hoffnung wiederum nährt sich aus der permanenten Delegitimierung des spanischen Staates, die vom baskischen Nationalismus vorgenommen wird und die ein politisches Klima schafft, das im Staat den zu bekämpfenden Gegner sieht. Die politischen Institutionen des Baskenlandes bezeichnen das Verbot der zivilen ETA-Vertretungen als Kriminalisierung von Ideen und stärken das viktimistische Bild eines von Spanien unterdrückten Baskenlandes. Unter solchen Umständen fällt es nicht allzu schwer, eine Indoktrinierung der Jugendlichen im Sinne des radikalen Ethnonationalismus vorzunehmen.

Dennoch sind sich Fachleute darin einig, dass nach dem Ende des "Waffenstillstands" ETA über keine klare Strategie verfügt. Ihre operativen Möglichkeiten sind gering, der Fehlschlag des "Friedensprozesses" geht – auch unter baskischen Nationalisten – zu Lasten von ETA, auf internationale Unterstützung kann die Terroror-

ganisation nicht mehr setzen, ihr politisches Umfeld sitzt in Haft. Nach dem tödlichen Attentat, unmittelbar vor den Parlamentswahlen vom 9. März 2008, auf den früheren sozialistischen Stadtrat von Mondragón, Isaías Carrasco, erklärte Ministerpräsident Zapatero: "Wir wissen mit Sicherheit, dass ETA von der Demokratie besiegt worden ist. Die Bande wird von sämtlichen Spaniern und der baskischen Gesellschaft abgelehnt und isoliert."

Anfang 2008 hatten immer noch 1.300 von ETA bedrohte Personen ständige Leibwächter; die Schutzmaßnahmen kosten jährlich über 170 Millionen Euro. Seit dem Ende der Franco-Diktatur hat der baskische Terrorismus mehr als 80 Milliarden Euro gekostet (einschließlich der Renten, Entschädigungen und Vorsichtsmaßnahmen); dabei sind noch nicht der Exodus eines Teils der baskischen Banken und Industrieunternehmen, die ihre Hauptquartiere aus dem Baskenland verlegt haben, und die Verluste durch den Rückgang des Tourismus einkalkuliert. 2008 saßen allerdings 560 verurteilte ETA-Aktivistinnen in spanischen Gefängnissen ein, die von der Terrororganisation praktisch keinerlei Hilfestellung mehr erhielten. Allein in der Legislaturperiode 2004–2008 waren 394 mutmaßliche ETA-Terroristen (und 317 Islamisten) inhaftiert worden. In vielen Fällen handelte es sich um vorbeugende Festnahmen, die noch vor Ausführung geplanter Attentate erfolgen konnten. Noch beeindruckender liest sich die Bilanz der letzten zehn Jahre. Der polizeiliche Kampf gegen ETA war in dieser Zeit außerordentlich erfolgreich: Von 1996 bis Mitte 2007 wurden 1.687 Terroristen festgenommen (621 davon in Frankreich); immer wieder wurden die Führungsgremien der Bande "enthauptet", verschiedene "Kommandos" zerschlagen, der "Militärapparat" aufgelöst, der "Erpressungsapparat" ausgehoben, der "Logistikapparat" gefangengesetzt. Ganz offensichtlich zeitigten inzwischen die verschärften Sicherheitsmaßnahmen der staatlichen Organe Erfolge, etwa das nach den islamistischen Attentaten 2004 eingerichtete "Nationale Zentrum für antiterroristische Koordination" (*Centro Nacional de Coordinación Antiterrorista*, CNCA). Schon nach dem 11. September 2001 waren sowohl ETA als auch *Batasuna* in die Listen terroristischer Gruppen von EU und USA aufgenommen worden. Spätestens nach den islamistischen Anschlägen vom 11. März 2004 in Madrid konnte ETA nicht weitermachen wie bisher. Die soziale Akzeptanz gegenüber tödlicher Gewalt als politischem Mittel verschwand auch bei den Basken völlig.

Ende August 2007 kündigte Ibarretxe an, er werde im Baskenland einen "Volksentscheid über das Recht auf Selbstbestimmung" herbeiführen – unabhängig davon, was ETA in der Zwischenzeit unternehme. Damit provozierte er nicht nur die spanische Zentralregierung, die sofort auf die Illegalität einer derartigen Abstimmung hinwies, sondern auch den gemäßigten PNV-Vorsitzenden Imaz, der für ein breites Bündnis aller politischen Kräfte im Baskenland eintrat. In Anbetracht einer bevor-

stehenden Spaltung des PNV über die entscheidende Frage der Haltung gegenüber ETA und der Zukunft des Baskenlandes entschied sich Imaz für einen Rückzug aus dem Vorsitz des PNV. Allerdings überließ er nicht völlig kampflos das Feld den "Souveränitätsverfechtern" in der Partei; denn es galt als ausgemacht, dass sein Rivale Joseba Egibar ebenfalls auf eine Kandidatur verzichten würde. Stattdessen sollte der PNV-Vorsitzende Vizcayas, Íñigo Urkullu, als Kompromisskandidat den Vorsitz übernehmen. (Anfang Dezember 2007 wurde Urkullu erwartungsgemäß zum neuen PNV-Vorsitzenden gewählt.) Die spanische Regierung bedauerte den Rückzug von Imaz außerordentlich, war er doch jahrelang in allen Fragen des Antiterrorkampfes im Baskenland ihr vertrauensvollster Dialogpartner gewesen.

Ende September 2007 gab der *lehendakari* Ibarretxe den genauen Zeitplan seiner politischen Pläne bekannt: Bis Juni 2008 sollte eine Abmachung mit der Zentralregierung erfolgen, die das "Recht der Basken auf Selbstbestimmung" festlegte. Im Juni sollte dann im baskischen Parlament das Gesetz verabschiedet werden, das die Volksbefragung auf den 25. Oktober 2008 terminieren würde – unabhängig davon, ob die Zentralregierung damit einverstanden sein würde oder nicht. Diese erste Volksbefragung sollte die Regierung zu Verhandlungen mit den verschiedenen baskischen Parteien ermächtigen, die einen Unabhängigkeitsplan ausarbeiten sollten, welcher in der zweiten Jahreshälfte 2010 dem endgültigen Volksentscheid unterworfen werden würde. Wenige Tage nach der Ankündigung des PNV-Vorsitzenden Imaz, nicht wieder für den Parteivorsitz zu kandidieren, brach Ibarretxe mit seiner Ankündigung sämtliche Brücken zu den nicht-nationalistischen Parteien des Baskenlandes und zur Madrider Regierung ab. Der (Noch-)Parteivorsitzende Imaz musste sich düpiert vorkommen. Der PNV-Parteitag verabschiedete im Dezember außerdem ein politisches Programm, das zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Parteiflügeln ausgehandelt worden war. Das neue Programm integrierte die beiden Prinzipien, zwischen denen der PNV seit Jahrzehnten hin- und herpendelte: Paktismus (mit dem spanischen Staat) und Souveränitätsstreben (mit dem Ziel der Unabhängigkeit). Dementsprechend betonte das Programm auch "das Recht [des Baskenlandes] zu entscheiden".

Die Parlamentswahlen vom 9. März 2008 erbrachten den Sozialisten mit 38% der im Baskenland abgegebenen Stimmen einen großen Erfolg, während die drei baskischen Regierungsparteien zusammen nur 36% Prozent erhielten. Beobachter wiesen zwar darauf hin, dass dieses Wahlergebnis nicht ohne Weiteres auf Regionalwahlen extrapoliert werden könne; dennoch wurde das baskische Wahlverhalten allgemein als ernste Warnung an den *lehendakari* verstanden, seinen Souveränitätskurs nicht fortzusetzen. Diese Interpretation stimmt auch mit Meinungsumfragen überein, denen zufolge im Januar 2008 lediglich 36% der Basken dem Plan Ibarret-

xes, eine Abstimmung über das Selbstbestimmungsrecht der Basken herbeizuführen, zustimmten.¹⁶ Ministerpräsident Zapatero bot dem baskischen Regierungschef sofort nach den Wahlen an, mit ihm über ein neues Autonomiestatut in Gespräche einzutreten; dieses würde dem Baskenland noch umfangreichere Selbstverwaltungsrechte gewähren – allerdings stets im Rahmen der Verfassung. Ibarretxe lehnte umgehend ab. Denn ihm geht es nicht um die Lösung konkreter Probleme bei der Umsetzung des Autonomiestatuts oder um bestimmte Verbesserungen im Finanzierungsmodell – Aspekte, die bei der Reform des katalanischen Autonomiestatuts 2006 debattiert wurden –, sondern um eine grundlegende Änderung der Beziehungen zwischen spanischem Staat und Baskenland. Ibarretxe betonte immer wieder, eine massive Zustimmung zu seinem Souveränitätsplan sei die beste Voraussetzung, um ETA endgültig zu besiegen; ETA wiederum wurde nicht müde, darauf hinzuweisen, dass sie weiterhin – mit oder ohne Ibarretxe-Plan – gewaltsam eine Lösung des “baskischen Problems” anstrebe. Ibarretxe-kritische Interpretationen weisen auch darauf hin, dass die Strategie des *lehendakari* letztlich die argumentative und ideologische Grundlage für die Gewalt der Terroristen liefere, weil laut ETA die spanische Regierung die “Freiheitsbestrebungen des baskischen Volkes” unterdrücken würde. In der Tat argumentiert ETA-Batasuna ähnlich: Auf nationaler und vor allem internationaler Ebene präsentiert sich die Unabhängigkeitsorganisation als Verfechterin der Menschenrechte; der spanische Staat wird immer wieder angeklagt, das Baskenland zu unterdrücken, politische Ideen zu kriminalisieren und zu verfolgen, die baskischen Unabhängigkeitskämpfer zu foltern und umzubringen. Es war aufschlussreich, dass die spanische Regierung sich weigerte, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen, als die abtrünnige Provinz im Februar 2008 die Selbständigkeit von Serbien erklärte, während die baskische Regierung dieses Ereignis als Beispiel und “Lektion” bezeichnete, wie “das demokratische Selbstbestimmungsrecht” in Anwendung gebracht werden könne.

Die von Ibarretxe verfolgte Strategie stieß allerdings auch immer wieder auf erhebliche Widerstände in der eigenen Partei. Im Frühjahr 2008 wiesen hochrangige Parteivertreter darauf hin, dass die Dreierkoalition der baskischen Regierung “am Ende” sei und kein Volksbegehren gestartet werden könne, solange ETA weiter morde. Die nationalistische Koalitionsregierung von PNV, der grün-kommunistischen Linkspartei *Ezker Batua* (EB) und der kleinen nationalistischen Partei *Eusko Alkartasuna* (EA) sah sich erheblichen Spannungen ausgesetzt, nachdem die EB-Gemeinderäte der Kleinstadt Mondragón sich geweigert hatten, zusammen mit PNV und

16 Zum baskischen “Selbstbestimmungsrecht” vgl. (kritisch) Abascal Conde 2004.

Sozialisten die Absetzung der extremistischen Bürgermeisterin zu unterstützen. Auch zwischen PNV-Führung – repräsentiert durch ihren Vorsitzenden Íñigo Urkullu – und baskischer Exekutive gab es wiederholt Auseinandersetzungen, wobei die Parteimehrheit sich gegen das Souveränitätsprojekt Ibarretxes aussprach.

Ibarretxe ließ sich trotz aller Warnungen aus den verschiedensten politischen Lagern von seinem auf den 25. Oktober 2008 festgelegten Befragungsplan nicht abbringen. Er wollte es bewusst auf ein Aufeinanderprallen zweier Legitimitäten ankommen lassen: der Legitimität des baskischen Parlaments gegenüber jener der Zentralregierung. Auf diese Weise konnte die Madrider Exekutive als die Instanz dargestellt werden, die das baskische Volk daran hinderte, sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Ende Mai wies Ministerpräsident Zapatero den baskischen Regierungschef noch einmal – wie schon drei Jahre zuvor – unmissverständlich darauf hin, dass die baskische Regierung nicht einseitig ein Referendum ansetzen könne. Sämtliche verfassungsrechtlichen Einwände der Zentralregierung fruchteten jedoch nichts. Am 27. Juni war es dann soweit: Das Gesetz zur Abhaltung einer Volksbefragung am 25. Oktober über das Selbstbestimmungsrecht der Basken passierte – mit nur einer Stimme Mehrheit, die von der radikal-nationalistischen Partei PCTV, der Nachfolgeorganisation der illegalisierten *Batasuna*, kam – das baskische Parlament.

Die zwei Fragen, auf die am 25. Oktober die Basken mit Ja antworten sollten, lauteten: “Sind Sie damit einverstanden, einen Dialogprozess über ein Ende der Gewalt zu unterstützen, wenn ETA zuvor eindeutig ihren Willen erklärt, ein für alle Mal auf Gewalt zu verzichten?” Und: “Sind Sie damit einverstanden, dass die baskischen Parteien ohne Ausnahmen einen Verhandlungsprozess über eine demokratische Vereinbarung zur Ausübung des Entscheidungsrechts des baskischen Volkes beginnen und dass vor Ende des Jahres 2010 ein Referendum darüber abgehalten wird?” Kommentatoren wiesen auf das Fehlen jeglicher ETA-Verurteilung in den Fragen hin, während andererseits indirekt die Wiedermehrlassung der verbotenen oder vom Verbot bedrohten Parteien gefordert wurde. Mit diesen Zugeständnissen an die Radikalnationalisten erkaufte sich Ibarretxe die entscheidende Leihstimme, die seinem Projekt eine minimale Mehrheit im Parlament brachte und ihn vor einer Niederlage bewahrte. Sozialisten und Konservative verwiesen auf die Abhängigkeit Ibarretxes von den Radikalen; sie betonten die “Spaltung” der baskischen Gesellschaft durch die Initiative; sie warfen dem Regierungschef “Wortbruch” vor, da er zuvor wiederholt betont hatte, dass eine Volksbefragung allenfalls in vollständiger Abwesenheit von Gewalt erfolgen könne; das ganze Projekt sei illegal und verfassungswidrig.

Kaum war das Gesetz im baskischen Gesetzesblatt veröffentlicht, legte die spanische Regierung beim Verfassungsgericht Widerspruch ein. Damit war das Gesetz automatisch für die Dauer von fünf Monaten, bis das Gericht eine endgültige Entscheidung fällen würde, auf Eis gelegt. Für Ibarretxe und die baskische Regierung stand ihr Argumentationsschema fest: Die zentralstaatliche Exekutive und das spanische Justizwesen hinderten das baskische Volk an der freien Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts, das in einem vom baskischen Parlament legal verabschiedeten Gesetz zum Ausdruck gebracht worden war.

Nach seiner Wiederwahl zum spanischen Regierungschef im März 2008 hatte Zapatero großen Wert auf die Wiederherstellung einer gemeinsamen Position aller im spanischen Parlament vertretenen Parteien im Antiterrorkampf gelegt. Hierzu schlug er insbesondere der größten Oppositionspartei PP und dem im Baskenland regierenden PNV ein Abkommen auf der Grundlage von fünf Prinzipien vor: Effektivierung polizeilicher Einsätze, konsequentes Durchgreifen der Justiz, internationale Zusammenarbeit, Isolierung des politischen Umfeldes der Terrorbande und Fernhalten des terroristischen Kampfes aus dem Parteienstreit. Ende Juli 2008 schlossen Ministerpräsident Zapatero und Oppositionsführer Rajoy schließlich einen „Staatspakt“ zur Bekämpfung des Terrorismus; damit endete die lange Phase der Totalkonfrontation zwischen Regierung und Opposition. Das Zusammenstehen der großen Parteien im Antiterrorkampf war auch dringend erforderlich, denn im Sommer 2008 sah das politische Panorama des Baskenlandes nicht positiv aus: Trotz vieler politischer Erfolge war der ETA-Apparat immer noch nicht zerschlagen, die Bande mordete weiter¹⁷; im PNV hatte der radikal-nationalistische Flügel die Oberhand gewonnen, der baskische Regierungschef bestand auf der Weiterverfolgung seiner Sezessionspläne, die Beziehungen mit Madrid waren außerordentlich gespannt. Das „baskische Problem“ schien einer Lösung ferner denn je.

10. Eine ungewisse Zukunft

Im Jahr 1995 beging der PNV seinen 100. Geburtstag. Die Partei konnte mit einiger Zufriedenheit auf das erste Jahrhundert ihrer Existenz zurückblicken: Der Hauptzweck, weshalb sie überhaupt entstanden war – das Überleben der baskischen Identität zu sichern –, scheint erreicht zu sein. Das Fortbestehen der baskischen Nationalität ist durch die Existenz einer eigenen Regierung sichergestellt, die über mehr Kompetenzen verfügt als je eine baskische Exekutive zuvor. Wenn das Ziel des Nationalismus – Ernest Gellner zufolge – darin besteht, die Selbstregierung der

17 Zur Schwächung von ETA vgl. Aranzadi 2005; Baeza 2005b.

eigenen Ethnie zu erlangen, um das Überleben der kollektiven Identität sicherzustellen, dann war die von Sabino de Arana gegründete Bewegung zweifellos erfolgreich.¹⁸

Die Entwicklung ist allerdings anders verlaufen, als vom Parteigründer Arana vorhergesagt. Die Schaffung einer integrierten, wohlhabenden und friedlichen Gesellschaft ist dem PNV bisher nicht gelungen. Im Unterschied zu Aranas defensivem, stark fremdenfeindlichem und rassistischem Ethnizismus ist die baskische Identität heute eher als "plural" zu bezeichnen, was auf die starke Zuwanderung von nicht-baskischen Bevölkerungsgruppen und deren Mischung mit den Basken zurückzuführen ist. Außerdem hat nicht die Unabhängigkeit des Baskenlandes, sondern die Autonomie im Rahmen des spanischen Staates zur Revitalisierung der "pluralen" Nationalität geführt. Das ethnisch homogene *Euskadi*, das Arana anstrebte, war schon zu seiner Zeit eine Utopie; und heute ist das mehr denn je der Fall (Aranzadi / Juaristi / Unzueta 1994; del Burgo 1994; Platón 1994). Würden die vor einem Jahrhundert von Arana verfassten "Reinheitsstatuten" noch gelten, dann dürfte heute nur jeder dritte Baske in den PNV eintreten.

Trotz aller Einschränkungen lässt sich inzwischen sagen, dass ETA durch die Sicherheitskräfte in den letzten Jahren sehr geschwächt wurde und ihre Strukturen ernsthaft angeschlagen sind. Die Polizei konnte erhebliche Erfolge im Kampf gegen ETA verbuchen. Immer häufiger wurden ETA-Mitglieder auch in Frankreich verfolgt und gefangen genommen. Die Fahndungserfolge und spektakulären Waffenfunde waren (auch) das Ergebnis der verbesserten Zusammenarbeit zwischen spanischer und französischer Polizei. Auf der Negativseite stehen die vielen ETA-Attentate mit tödlichem Ausgang: Seit 1968 sind (bis 2008) 823 Menschen den Anschlägen der Bande zum Opfer gefallen. Einer Schätzung der Organisation *Gesto por la Paz* ("Friedensgeste") zufolge sind an die 40.000 (der zwei Millionen) Basken gefährdet.

Die baskische Gesellschaft distanziert sich inzwischen nachdrücklich von den terroristischen Methoden von ETA: Mitte 2002 lehnten 72% die Gewaltmaßnahmen ab. Zugleich befürworteten allerdings rund 30% der Basken die Unabhängigkeit der Region, 40% betrachteten das Autonomiestatut von 1979 als "überwunden", und 58% hielten die Illegalisierung von *Batasuna* für "schädlich".¹⁹

Wie bedrückend die politische Situation des Baskenlandes von seinen Bewohnern eingeschätzt wird, lassen verschiedene Umfragen erkennen. Dem *Euskobaró-*

18 Unzueta 1995. Vgl. hierzu auch de la Granja Sainz 2003; Mees 2003; de Pablo / Mees / Rodríguez Ranz 2001.

19 *El País* vom 19.7.2002, S. 29.

*metro*²⁰ von 2002 zufolge gaben 61% der Befragten an, Angst davor zu haben, sich an der Politik zu beteiligen; unter den "Nicht-Nationalisten" im Baskenland waren es sogar 75%. Falls sie woanders annehmbare Lebensumstände finden würden, wären 17% der Basken zur Ab- oder Auswanderung bereit; unter den PSOE- und PP-Wählern stieg der Anteil der Abwanderungsbereiten auf fast 40%. Rund 60% zeigten sich mit dem Funktionieren ihrer politischen Institutionen unzufrieden – ein in der EU einmalig hoher Prozentsatz. Als schlichtweg "schlecht" wurde die politische Situation im Baskenland von 50% der Befragten bezeichnet (als "gut" lediglich von 8%).²¹ Dem *Euskobarómetro*²² von 2006 zufolge waren lediglich 31% der Basken der Meinung, sie könnten "mit allen" frei über Politik reden, 18% sprachen sogar "mit niemandem" darüber. 46% waren mit dem Funktionieren der Demokratie "unzufrieden"; die explizite Zustimmung zur spanischen Verfassung hatte einen einmalig niedrigen Wert von nur 28% erreicht, und weniger als die Hälfte (49%) war der Meinung, die Reform der Selbstregierung müsse im Rahmen der Verfassung erfolgen. 33% sprachen sich für die Unabhängigkeit des Baskenlandes aus, 35% für eine föderale Lösung, nur 26% für eine unveränderte Beibehaltung der Autonomie-regelung; allerdings waren auch nur 24% mit dem Autonomiestatut "unzufrieden", obwohl andererseits 63% der Aussage zustimmten, das Statut sei "erschöpft" und man müsse nach Alternativen Ausschau halten. Eine Mehrzahl von 52% plädierte dafür, die Neuregelung mit den Sozialisten "auszuhandeln". Vorbehaltlose Unterstützung erfuhr ETA von nur noch einem Prozent der Befragten, allerdings waren die ETA-Aktivisten für 6% "Patrioten" und für 20% "Idealisten". In einer Zeitreihe seit 1993 zeigten sich 2006 rund 76% "optimistisch" im Hinblick auf ihre persönliche Situation, nur 4% waren "pessimistisch" eingestellt; die politische Situation des Baskenlandes wurde allerdings nur von 28% optimistisch betrachtet, ganze 87% hielten den Straßenterror für ein schwerwiegendes Problem.

Sicherlich trug auch der relative wirtschaftliche Rückgang zu dieser kritischen Gesamteinschätzung bei: Eine gemeinsame Studie der Universität des Baskenlandes und der Harvard-Universität hat nachgewiesen, dass das Bruttoinlandsprodukt im Baskenland pro Kopf der Bevölkerung um 10% höher wäre, wenn die Region die letzten Jahrzehnte nicht die terroristischen Aktivitäten hätte ertragen müssen. Zwischen den 70er und den 90er Jahren sank das Baskenland vom dritten Platz – gemes-

20 *Diario Vasco* (San Sebastián) vom 20.12.2002, S. 33; vgl. auch *El País* vom 12.1.2003, S. 15.

21 Einige Monate später bezeichneten 76% der Basken ihre politische Situation als "schlecht" oder "sehr schlecht". Vgl. *El País* vom 12.7.2003, S. 16.

22 Universidad del País Vasco/Departamento de Ciencia Política y de la Administración: "Euskobarómetro", Mai 2006; "Euskobarómetro. Series temporales", Mai 2006. In: <http://www.ehu.es/cpvweb/pags_directas/euskobarometroFR.html> (1.5.2008).

sen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung – auf den sechsten Platz im gesamtspanischen Vergleich.²³

Der ehemals gemäßigte, „zentristische“ Nationalismus des PNV hat in den letzten Jahren einen Radikalisierungsprozess erlebt, in dessen Verlauf er seine Positionen, vor allem seine Ziele, denen der extremistischen Organisationen angenähert hat. Inzwischen fordern immer mehr gemäßigte PNV-Mitglieder eine Rückkehr zu den Prinzipien des Autonomiestatuts – eine Forderung, die vom radikalen PNV-Flügel abgelehnt wird. Damit weist die bedeutendste Partei des Baskenlandes, die seit Beginn des Demokratisierungsprozesses ununterbrochen die Regierung stellte, zwei unterschiedliche Seiten auf. Die Positionen des extremistischen Flügels aber stehen nicht in Übereinstimmung mit der spanischen Verfassung, sind für die Madrider Regierung somit nicht Gegenstand von Verhandlungen. Unklar ist auch die weitere Entwicklung der institutionellen Konflikte zwischen dem Baskenland und der Madrider Regierung; die Ibarretxe-Pläne gießen zusätzlich Öl ins Feuer der Auseinandersetzungen. Eine einfache Lösung des Baskenproblems ist nicht in Sicht.²⁴

Literaturverzeichnis

- Abascal Conde, Santiago (2004): *¿Derecho de autodeterminación?: sobre el pretendido derecho de secesión del "Pueblo vasco"*. Madrid.
- Aranzadi, Juan (2005): *Good-bye ETA (y otras pertinencias)*. San Sebastián.
- Aranzadi, Juan / Juaristi, Jon / Unzueta, Patxo (1994): *Auto de terminación. (Raza, nación y violencia en el País Vasco)*. Madrid.
- Arregi, Joseba (2000): *La nación vasca posible. El nacionalismo democrático en la sociedad vasca*. Barcelona.
- Aulestia, Kepa (1998): *HB: crónica de un delirio*. Madrid.
- Baeza, Álvaro L. (2005a): *El Plan Ibarretxe: los protagonistas*. Madrid.
- (2005b): *El final de ETA. Agur a las armas: historia ETA, 1958–2005*. Madrid.
- Barbería, José Luis / Unzueta, Patxo (2003): *Cómo hemos llegado a esto: la crisis vasca*. Madrid.
- Bernecker, Walther L. (1990): *Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main.
- (1997): *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*. München.
- Burgo, Jaime Ignacio del (1994): *Soñando con la paz. Violencia terrorista y nacionalismo vasco*. Madrid.
- Calleja, José María (1997): *Contra la barbarie. Un alegato en favor de las víctimas de ETA*. Madrid.

23 Vgl. *La Razón* vom 3.1.2002, S. 20.

24 Wie stark in Teilen der baskischen Gesellschaft der radikale Nationalismus als „Ersatzreligion“ um sich gegriffen hat, enthüllt die gründliche Studie von Sáez de la Fuente (2002).

- Clark, Robert P. (1984): *The Basque Insurgents: ETA, 1952–1980*. Madison, WI.
- Däumer, Michael / Grundberger, Sebastian / Jenninger, Karolina (2008): “Spanien und sein Trauma: 40 Jahre ETA-Terrorismus und die Ohnmacht der Politik”. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *KAS-Auslandsinformationen*, 6, S. 75–96.
- Díaz Herrera, José (2005): *Los mitos del nacionalismo vasco: de la Guerra Civil a la secesión*. Barcelona.
- Diputación de Córdoba (Hg.) (1985): *Nacionalismo y regionalismo en España: el horizonte político-institucional, económico, social, cultural e internacional de nuestro tiempo*. Córdoba.
- Domínguez Iribarren, Florencio (1998): *De la negación a la tregua. ¿El final de ETA?* Madrid.
- (2002): *Dentro de ETA. La vida diaria de los terroristas*. Madrid.
- Elorza, Antonio (2001): *Un pueblo escogido: génesis, definición y desarrollo del nacionalismo vasco*. Barcelona.
- (2005): *Tras la huella de Sabino Arana. Los orígenes totalitarios del nacionalismo vasco*. Madrid.
- Ezquerria, Iñaki (2001): *Estado de excepción: vivir con miedo en Euskadi*. Barcelona.
- García Ferrando, Manuel (1982): *Regionalismo y autonomía en España: 1976–1979*. Madrid.
- Granja Sainz, José Luis de la (1996): *El nacionalismo vasco: un siglo de historia*. Madrid.
- (2003): *El siglo de Euskadi. El nacionalismo vasco en la España del siglo XXI*. Madrid.
- Heiberg, Marianne (1989): *The Making of the Basque Nation*. Cambridge u.a.
- Lang, Josef (2008): *Das baskische Labyrinth. Unterdrückung und Widerstand in Euskadi*. Frankfurt am Main.
- Linz, Juan José (1973): “Early State-Building and late peripheral Nationalism against the State: The case of Spain”. In: Eisenstadt, S. N. / Rokkan, Stein (Hgg.): *Building States and Nations*. Bd. 2: *Analyses by Region*. Beverley Hills, CA / London, S. 32–116.
- Maihold, Günther (2006): “Die Waffenstillstandserklärung der ETA. Anfang vom Ende der letzten Terrorgruppe Westeuropas?” (= Stiftung Wissenschaft und Politik: *SWP-Aktuell*, 19).
- Mees, Ludger (2003): *Nationalism, Violence and Democracy. The Basque Clash of Identities*. Houndsmill / Basingstoke / London.
- Pablo, Santiago de / Mees, Ludger / Rodríguez Ranz, José A. (2001): *El péndulo patriótico: historia del Partido Nacionalista Vasco*. Bd. 2: 1936–1979. Barcelona.
- Payne, Stanley G. (1974): *El nacionalismo vasco: de sus orígenes a la ETA*. Barcelona.
- Platón, Miguel (1994): *La amenaza separatista. Mito y realidad de los nacionalismos en España*. Madrid.
- Sáez de la Fuente, Izaskun (2002): *El Movimiento de Liberación Nacional Vasco, una religión de sustitución*. Bilbao.
- San Sebastián, Isabel / Gurruchaga, Carmen (2000): *El árbol y las nueces. La relación secreta entre ETA y PNV*. Madrid.
- Solozábal Echavarría, Juan José (1975): *El primer nacionalismo vasco: industrialismo y conciencia nacional*. Madrid.
- Unzueta, Patxo (1995): “Un roble centenario”. In: *El País*, 6.8., S. 5.

- (1997): *El terrorismo. ETA y el problema vasco*. Barcelona.
- Waldmann, Peter (1984): "Katalonien und Baskenland. Historische Entwicklung der nationalistischen Bewegungen und Formen des Widerstands in der Frano-Zeit". In: Waldmann, Peter / Bernecker, Walther L. / López-Casero, Francisco (Hgg.): *Sozialer Wandel und Herrschaft im Spanien Francos*. Paderborn u.a., S. 155-192.
- (1989): *Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs*. Opladen.
- (1990): *Militanter Nationalismus im Baskenland*. Frankfurt am Main.
- Woodworth, Paddy (2001): *Dirty War, Clean Hands. ETA, the GAL and Spanish Democracy*. Cork.